

Präsident Dr. Norbert Lammert

(A) **richtung der Pflegeversicherung (Pflege-Neu-
ausrichtungs-Gesetz – PNG)**

– Drucksache 17/9369 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Gesundheit (f)
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Kathrin Senger-Schäfer, Diana Golze, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

**Pflege tatsächlich neu ausrichten – Ein Leben
in Würde ermöglichen**

– Drucksache 17/9393 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Gesundheit (f)
Innenausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

- c) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Hilde Mattheis, Dr. Karl Lauterbach, Bärbel Bas, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

**Neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einführen –
Chancen zu nötigen Veränderungen nutzen**

– Drucksachen 17/2480, 17/7082 –

(B)

Berichterstattung:
Abgeordneter Willi Zylajew

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 90 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst dem Bundesminister für Gesundheit, Daniel Bahr.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Daniel Bahr, Bundesminister für Gesundheit:

Guten Morgen, Herr Präsident! Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Lebenserwartung in Deutschland steigt erfreulicherweise.

(Zuruf von der SPD: Überraschung!)

Jeder Dritte von uns, so sagen die Statistiken, wird jenseits des 80. Lebensjahrs auf Pflege angewiesen sein.

Der demografische Wandel bedeutet aber auch, dass immer mehr Ältere künftig immer weniger Jungen gegenüberstehen. Das ist eine Herausforderung für das Gesundheits- und Pflegewesen. Derzeit sind 2,4 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig. Diese Zahl wird weiter deutlich steigen. Viele Menschen arbeiten bereits heute in der Pflege. Sie leisten tagtäglich eine vorzügliche Arbeit und sorgen dafür, dass in Deutschland eine gute Pflege für Pflegebedürftige geleistet wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Für Union und FDP ist dabei klar: Ein Altern in Würde, ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter müssen auch weiterhin möglich sein. (C)

Bei der Pflege geht es uns um den Zusammenhalt in den Familien und damit um den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Das Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz, wie es Ihnen die Koalition hier vorlegt, stärkt den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Menschen wollen so lange wie möglich zu Hause bleiben. Zwei Drittel aller Pflegebedürftigen werden zu Hause, in den Familien, von Angehörigen und ambulanten Pflegediensten gepflegt. Die Hauptlast der Pflege tragen von daher die Familien und Angehörigen. Diese Koalition will daher die Mehreinnahmen aus der Beitragssatzerhöhung zum 1. Januar 2013 nicht mit der Gießkanne austeilen, sondern diese zusätzlichen Mittel ganz gezielt zur Unterstützung von Familien und Angehörigen nutzen. Wir kümmern uns.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Jahr 2011 viele Dialoge mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Experten geführt. Wir haben uns ein Bild davon gemacht, wo dringender Handlungsbedarf besteht, und Konsequenzen daraus gezogen. Wir kümmern uns um Demenzkranke. Wir erweitern das Leistungsangebot der ambulanten Pflegedienste um häusliche Betreuungsleistungen. Demenzkranke, die bisher keine oder kaum Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung erhalten haben, erhalten nun erstmals Leistungsansprüche oder höhere als bisher. Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz in der sogenannten Pflegestufe 0, das heißt diejenigen, die bisher keine Leistung erhalten haben, erhalten nun erstmals Leistungen in Höhe der Hälfte der Pflegestufe I; das sind 225 Euro pro Monat für Pflegesachleistungen oder 120 Euro an Pflegegeld. In den Pflegestufen I und II werden Pflegesachleistungen und Pflegegeld für Pflegebedürftige mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz entsprechend erhöht. (D)

Das heißt, ein Grundgedanke, der in der Diskussion um einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff enthalten war, nämlich Demenz endlich bei der Bewertung der Pflegebedürftigkeit zu berücksichtigen und eine differenziertere Einstufung bei der Pflegebedürftigkeit zu erreichen,

(Elke Ferner [SPD]: Wir haben gewartet und gewartet! Haben Sie bisher geschlafen, Herr Bahr?)

wird mit diesem Gesetz im Vorgriff auf einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff umgesetzt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Von diesen Leistungsverbesserungen profitieren etwa 500 000 Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Damit können es sich Familien, die bisher keine Unterstützung erhalten haben, beispielsweise leisten, einmal in der Woche Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Die Angehörigen – das wissen wir – sind der größte Pflegedienst der Nation. Sie sind besonders starken Belastungen ausgesetzt. Daher richtet diese Koalition die

Bundesminister Daniel Bahr

- (A) volle Aufmerksamkeit darauf, Angehörige und Familien zu unterstützen.

Künftig wird es so sein, dass bei Inanspruchnahme von Leistungen der Kurzzeit- und Verhinderungspflege das hälftige Pflegegeld weiter gezahlt wird. Damit ermöglichen wir pflegenden Angehörigen Auszeiten. Von ihnen haben wir nämlich häufig gehört, dass sie belastet sind und gerne einmal eine Auszeit nehmen wollen.

Wir stärken durch gesetzliche Klarstellungen die Möglichkeiten der Vorsorge und Rehabilitation.

Wichtig ist uns auch: Wer mehr Pflegebedürftige pflegt, darf bei der Rente nicht schlechtergestellt werden. Das wird künftig berücksichtigt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir stärken auch die Angehörigen, indem wir die Selbsthilfegruppen in der Pflege mit 10 Cent pro Versichertem und Jahr besser als bisher fördern.

Um ihre Rechte wahrnehmen zu können, brauchen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen mehr gezielte Beratung und Information, möglichst bei sich zu Hause. Schaffen die Pflegekassen das nicht oder können sie das nicht innerhalb von 14 Tagen sicherstellen, gibt es einen Beratungsgutschein für eine externe, qualitätsgerichtete Beratung.

- (B) Die Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung – diesen erleben ja viele Betroffene, wenn es um die Begutachtung eines Angehörigen geht – wird durch dieses Gesetz servicefreundlicher gestaltet; eine fristgerechte Begutachtung und Leistungsentscheidung der Pflegekassen werden sichergestellt.

In dieser Woche ist ein neuer Bericht des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung zur Qualität in der Pflege vorgelegt worden. Wir wissen: Vieles ist bei der Pflege besser geworden, aber noch nicht alles ist so, wie es sein sollte. Hier sind die Selbstverwaltung, die Krankenkassen und die anderen Partner, gefordert, für mehr und bessere Qualität in der Pflege zu sorgen. Auch mit dem Pflege-Neuausrichtungsgesetz verbessern wir die Qualität in der Pflege.

Die medizinische Versorgung in Heimen wird deutlich verbessert, indem zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt werden, damit sich der Haus- und Facharzt auch im Heim um die medizinische Versorgung kümmert und die Pflegekräfte nicht den Krankentransport rufen und den Pflegebedürftigen ins Krankenhaus einweisen müssen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sehen vor, dass künftig Zeitkontingente vereinbart werden können, sodass verschiedene Leistungen der Grundpflege und der hauswirtschaftlichen Versorgung und Betreuung individuell und zielgenau entsprechend den Bedürfnissen selbst gewählt werden können. Pflege, meine Damen und Herren, ist menschliche Zuwendung und keine Akkordarbeit. Deswegen sorgen wir für mehr Flexibilität, um von einem starren Minutenkorsett in der Pflege wegzukommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir fördern neue Wohnformen, weil es der Wunsch der Menschen ist, so lange wie möglich zu Hause zu bleiben. Allein die Alternative zu haben, entweder allein in der Wohnung zu sein oder ins Pflegeheim zu gehen, ist nicht das, was sich die Menschen angesichts des demografischen Wandels wünschen. Deswegen fördern wir Pflegewohngruppen und alternative, neue Wohnformen mit zusätzlichen Mitteln.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir stärken die private Vorsorge; denn die Pflegeversicherung ist eine Teilkostenabsicherung. Keine Fraktion hier im Deutschen Bundestag stellt das infrage.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Doch!)

Somit ist, wie wir wissen, ein erheblicher Eigenanteil zu schultern. Deswegen fördern wir erstmals auch private Vorsorge der Menschen im Bereich Pflege. Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, seinerzeit haben Sie die Riester-Rente eingeführt, um die private Eigenvorsorge zu stärken, weil Sie sich bewusst waren, dass durch die Umlage allein nicht alle Herausforderungen des demografischen Wandels geschultert werden können. Ich verstehe nicht, warum Sie nun bei der Pflege so kritisch sind. Auch bei der Pflege wird der demografische Wandel zu finanziellen Herausforderungen führen. Deswegen brauchen wir neben der umlagefinanzierten sozialen Pflegeversicherung auch eine kapitalgedeckte Eigenvorsorge. Wir legen dazu erstmals etwas vor. Die Beratungen finden noch statt. Ein Entwurf wird dann vorgelegt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

An all den Maßnahmen, die diese Koalition im Pflege-Neuausrichtungsgesetz vorgelegt hat, gibt es wenig Kritik; sie werden als richtig bezeichnet. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Opposition mehr fordert, aber alle hier im Plenum wissen: Es waren Union und FDP, die Mitte der 90er-Jahre die Pflegeversicherung überhaupt erst geschaffen haben.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Genau!)

Alle hier im Plenum wissen, dass Rot-Grün in seiner Regierungszeit nicht eine einzige Verbesserung im Bereich der Pflege auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie haben nichts getan. Es ist erneut eine christlich-liberale Koalition, die eine Verbesserung für die Menschen in der Pflege erreicht.

(Elke Ferner [SPD]: Wie lange dauerte das?)

Wir sorgen dafür, dass Menschen mit Demenzerkrankung, die bisher keine oder kaum Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten haben,

(Elke Ferner [SPD]: Das stimmt doch nicht, Herr Bahr! Sie lügen, ohne rot zu werden!)

endlich eine Unterstützung für den besonderen Betreuungsaufwand, den eine Demenzerkrankung erfordert, erhalten. Das ist ein Vorgriff auf den neuen Pflegebedürft-

Bundesminister Daniel Bahr

- (A) tigkeitsebegriff, den wir noch genauer zu bestimmen haben; in diesem Zusammenhang sind nämlich noch mehrere Fragen zu klären. Meine Vorgängerin von der SPD, Frau Schmidt, hat doch selbst gesagt, dass es noch drei bis vier Jahre Zeit braucht, um diese Fragen zu klären.

(Elke Ferner [SPD]: Das sind aber schon drei Jahre, Herr Kollege Bahr!)

Wir werden keine Zeit verlieren. Die Menschen werden schnell die Verbesserungen spüren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Das vorliegende Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz stellt also keinen Menschen schlechter, sondern es stellt viele Menschen in Deutschland besser. Wir rücken die Familien, die Angehörigen in den Mittelpunkt, weil sie es sind, die die Pflege zu Hause leisten. Ihnen gilt unsere Aufmerksamkeit. Das Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz stärkt den Zusammenhalt in der Gesellschaft und ist deswegen ein gutes Gesetz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Mehr hat er dazu nicht zu sagen? Das ist alles?)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Lauterbach für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Dr. Karl Lauterbach (SPD):

Herr Präsident! Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eben gehört, dass der Minister mit seinem Gesetz zufrieden ist. Das Problem ist nur, dass das eine Einschätzung ist, die außer ihm kaum jemand teilt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jörg van Essen [FDP]: Mein Gott! Er hat es wieder nicht kapiert!)

Ich darf Sie zum Beispiel daran erinnern: Das am häufigsten gebrauchte Wort in der Presse im Zusammenhang mit dieser Reform war der Begriff „Reförmchen“, Herr Bahr. Das ist auch zutreffend; denn mehr ist es nicht. Es ist nichts anderes als ein kleines Reförmchen im dritten Jahr der Regierungszeit dieser Koalition mit einem Gesamtvolumen von 1 Milliarde Euro.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Das ist viel Geld! Viel, viel Geld!)

Darf ich Sie daran erinnern, dass Sie in den ersten Tagen Ihrer Regierungszeit dreimal so viel für Hoteliere getan haben wie jetzt in Ihrem dritten Regierungsjahr für alle zu Pflegenden zusammen? Das ist doch die Wahrheit!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU/CSU

und der FDP – Thomas Oppermann [SPD]: Das tut weh, aber muss sein!) (C)

Herr van Essen, das ist einer der Gründe, weshalb Sie nicht mehr akzeptiert werden. Das ist so. Der Bürger ist nicht so dumm, als dass er sich hier täuschen ließe. Von wegen großartige Reform.

Bringen Sie sich bitte in Erinnerung: Wer gehört denn zu den wichtigsten Kritikern der Reform? Es ist Norbert Blüm, der Vater der Pflegeversicherung, wenn man so will. Sie werden doch derzeit aus den eigenen Reihen von den Gründern der Pflegeversicherung zum Teil schärfer kritisiert als von der Öffentlichkeit. Das sollte Ihnen zu denken geben.

Ein paar Worte zu Ulla Schmidt, die Sie ja auch erwähnt haben: Ulla Schmidt hat vor sechs Jahren gesagt, dass die Definition des Pflegebegriffs in drei Jahren fertig ist. Das ist richtig. Der Pflegebegriff ist fertig. Er hätte umgesetzt werden können, aber Sie machen es schlicht deshalb nicht, weil Sie die Kosten scheuen,

(Kathrin Senger-Schäfer [DIE LINKE]: Genau!)

weil Ihnen dieses Projekt nicht wichtig genug ist,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

weil Sie stattdessen die private Pflege fördern wollen und nichts für die Menschen tun wollen, die die Pflege dringend benötigen.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Sie haben beiläufig den Qualitätsbericht zur Pflege erwähnt, Herr Bahr. Ich darf Sie daran erinnern: Hier wurde festgestellt, dass ein großer Teil der pflegebedürftigen Menschen an Schmerzen leidet, die, weil sie nicht diagnostiziert sind, nicht behandelt werden. Die Menschen liegen sich wund, liegen durch. Sie erkranken an Dekubitus und versterben an der dann folgenden Infektion. Die Menschen leiden zum Teil unter Freiheitsberaubung ohne richterlichen Beschluss. Mit einem Halbsatz gehen Sie über diese beschämenden Qualitätsdefizite hinweg. 20 bis 40 Prozent der zu Pflegenden erleiden eine Qualität, die nicht angemessen und unseres Wohlstands nicht würdig ist. Und dann ist das alles, was Sie uns vorlegen. Das ist eine Schande, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Zuruf von der CDU/CSU: Aber selbst nichts vorgelegt!)

Ich will Ihnen sagen, was Sie bei einer wirklichen Reform hätten machen müssen:

Sie hätten den Pflegebegriff reformieren müssen. Wir haben einen komplizierten bürokratischen Pflegebegriff, der dazu führt, dass die Pflege im Prinzip Abläufen folgt, aber nicht der Bedürftigkeit der Menschen. Das hätte reformiert werden müssen. Das haben Sie nicht gemacht.

Sie hätten die langfristige Finanzierung der Pflege sicherstellen müssen. Sie erwähnen die demografische Herausforderung, die dadurch entsteht, dass wir alle älter

Dr. Karl Lauterbach

- (A) werden – das hat, nehme ich einmal an, niemanden hier im Saal überrascht –, aber Sie bringen hierfür keine Lösung, keine Reform.

Als FDP haben Sie nichts zur Entbürokratisierung vorgetragen.

(Thomas Oppermann [SPD]: Jetzt kommt gar nichts!)

Jedes zweite Wort bei der FDP lautet doch „Steuern runter“ oder „Entbürokratisierung“. Hier hätten Sie doch die Gelegenheit dazu gehabt. Herr Bahr, ich erinnere Sie daran, Sie sind noch der Minister.

(Elke Ferner [SPD]: Nicht mehr lange!)

Ich glaube nicht, dass Sie noch viel Gelegenheit haben werden, die Entbürokratisierung, die Sie immer fordern, selbst einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend komme ich zum dem, was Sie auch hätten machen müssen: Eine deutliche Stärkung der ambulanten Pflege – nicht nur für die Pflegestufe 0, sondern auch für die hohen Pflegestufen – wäre dringend notwendig gewesen. Ich darf daran erinnern – ich nehme an, Herr Spahn wird das gleich vortragen –, dass wir in der Großen Koalition bei der ambulanten Pflege zusammen ein großes Stück weitergekommen sind. Wir haben die ambulante Pflege finanziell deutlich bessergestellt. Darüber gehen Sie schlicht und ergreifend hinweg. In der

- (B) Großen Koalition haben wir mehr erreicht, als Sie im dritten Jahr erreichen konnten.

Sie speisen uns hier mit einer Reform ab, bei der de facto, wenn man ehrlich ist, um jeden Euro gefeilscht wird. Ich kann Ihnen auch sagen, woran das liegt. Der Bürger versteht das ganz genau. Es liegt daran, dass es für die Pflege keine ausreichende Lobby gibt. Die zu Pflegenden haben nicht die Lobby, die sie benötigen, um von dieser Regierung bedient zu werden. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Ach Gott!)

Es liegt auch nicht am Geld. Wir wissen, dass Sie für die Nichterziehung von Kindern oder für die Vergabe von Rentenansprüchen, die auch der Millionärsgattin für frühere Geburten zugutekommen, bis zu 10 Milliarden Euro ausgeben wollen. Manche von Ihnen kritisieren das doch selbst. Ihnen sind demnach die Millionen zu Pflegenden nicht ein Zehntel dessen wert, was Sie jetzt für die Wahlkampfunterstützung von Horst Seehofer in Bayern ausgeben wollen. Das spielt sich hier ab.

Sie haben die Menschen, die alt und krank sind und möglicherweise ihre letzte Wahl vor sich haben – deren Lebenserwartung beträgt ja im Durchschnitt noch zweieinhalb Jahre –, enttäuscht. Sie haben das Jahr der Pflege ausgerufen. Die FDP hat die Chuzpe besessen und vom Jahr der Pflege gesprochen. Nichts ist passiert. Jetzt wird hier ein Gesetz vorgelegt, das im Prinzip eine Ohrfeige

für die pflegenden Angehörigen und die schwerkranken Menschen ist. (C)

(Mechthild Dyckmans [FDP]: Unverschämt!)

– Das ist die Wahrheit, es ist keine Unverschämtheit. Das Gesetz ist die Unverschämtheit. Unverschämt ist nicht, wie ich es beschreibe. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Bahr hat eine Unverschämtheit vorgetragen – nicht ich habe das getan.

Es gibt hier keine Veränderung, es wird um jeden Euro gefeilscht. Diese 1 Milliarde deckt nicht einmal den Kostenanstieg, den es bei der Pflege in den letzten Jahren gegeben hat.

Somit sage ich Ihnen voraus: Sie werden auch für diese Reform die Quittung bekommen; denn unterschätzen Sie nicht, dass die Menschen ein Gespür dafür haben.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Das sagen Sie in jeder Rede seit zwei Jahren, und nichts ist passiert!)

– Drei Jahre ist nichts passiert, Herr Spahn. Drei Jahre reden Sie über die Pflege, und nichts ist passiert.

(Elke Ferner [SPD]: Genau!)

Diese Regierung lässt die Alten und die Kranken – diejenigen, die mit Schmerzen in den Heimen liegen –, weil sie keine Lobby haben, im Stich und zurück. Das ist aus meiner Sicht die Schande. Dies wird auch nicht mehr lange so weitergehen. (D)

Hilde Mattheis wird nachher unsere Gegenkonzepte vorstellen.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Dann wird zur Sache gesprochen!)

Wir haben ein umfangreiches Papier. Es soll nicht der Eindruck entstehen, wir hätten keine Gegenvorschläge.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Frau Mattheis spricht dann also zur Sache!)

– Auch ich habe zur Sache gesprochen; ich habe davon gesprochen, dass es eine Schande ist, dass Sie die Reform drei Jahre lang angekündigt und nichts auf die Reihe bekommen haben. Ich habe Ihnen beschrieben, wie die Reform hätte aussehen sollen. Wie sie konkret aussehen wird, wenn wir wieder regieren, wird Ihnen später beschrieben.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Das war nichts!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Johannes Singhammer für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(A) **Johannes Singhammer (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war die christlich-liberale Koalition, die 1995 das Fundament für das Haus der Pflegeversicherung gelegt, die ersten Geschosse gebaut und die Zimmer eingerichtet hat.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Heute stocken wir um ein Geschoss auf und bauen viele neue Zimmer.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist so kalt! So viel Zugluft!)

– Hören Sie genau zu!

500 000 Demenzzranke – das sind so viele, wie die Stadt Nürnberg Einwohner hat – erhalten erstmals Leistungen. Pflegebedürftige entscheiden künftig selbstbestimmt, was für sie beste Hilfe und Pflege ist. Der Grundsatz „Wiederherstellung vor Pflege“ wird nachhaltig umgesetzt. Neue Wohnformen entstehen. Pflegebedürftige und Pflegekräfte werden künftig mitreden, auch bei der Bewertung und Einstufung der Pflege. Die Selbsthilfe erhält mehr Geld. Beim Medizinischen Dienst wird der Dienstleistungscharakter in den Vordergrund gestellt. Versicherte werden nicht alleingelassen, sondern frühzeitig beraten – mit verbesserter Rechtssicherheit. Wer in der Familie selber pflegt, soll nun erstmals Erholungsmöglichkeiten bekommen. Familienangehörige werden künftig Pflegegeld und Verhinderungspflege gleichzeitig erhalten. Angehörige, die pflegen, erhalten eine höhere Rente, und in Pflegeheimen wird die ärztliche und zahnärztliche Versorgung auf eine neue, sichere Grundlage gestellt. Das kostet genau 1 100 Millionen Euro. Diese sind gut angelegt, und sie werden nicht mit der Gießkanne verteilt, sondern schwerpunktmäßig dort eingesetzt, wo wir das Geld am dringendsten brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Jeder von uns kann plötzlich pflegebedürftig werden. Viele machen sich Gedanken: Was wird dann sein? Eines wissen wir alle gemeinsam sehr genau: Aufgrund der demografischen Entwicklung wird die Zahl der Demenzzranke in den nächsten Jahrzehnten steigen. Schon heute leisten vor allem die Familienangehörigen in der ambulanten Versorgung Demenzzranke eine großartige Arbeit. Die Familienangehörigen, die die Pflege bewerkstelligen, sind letztlich die Heldinnen und Helden. Deshalb wird der Schwerpunkt auf die ambulante Versorgung der Demenzzranke gelegt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Um ein Gespür dafür zu bekommen, worum es dabei geht – sind das Peanuts, oder geht es um die Substanz? –, nenne ich zwei Zahlen: Ab Januar nächsten Jahres sollen erstmals für die ambulante Versorgung Demenzzranke nicht 20, nicht 100, nicht 200, sondern 225 Euro im Monat gezahlt werden.

Neben den Demenzzranke wollen wir eine Vielzahl anderer Gruppen Pflegebedürftiger stärken.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Singhammer, darf der Kollege Seifert Ihnen eine Zwischenfrage stellen?

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Aber gerne.

Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE):

Herr Kollege Singhammer, Sie haben gerade besonders betont, dass Ihre sogenannte Reform die häusliche Pflege – das ist das, was die Familienangehörigen tun – am meisten stärkt. Warum, bitte schön, setzen Sie die Geldleistungen dann nicht endlich mit den Sachleistungen gleich? Sie sorgen doch dafür, dass weiterhin für einen fremden Dienst, der beauftragt wird, viel mehr Geld bezahlt wird, als für die Pflege durch eigene Angehörige. Sie widersprechen sich in Ihrer Rede damit selbst. Wo ist die Konsistenz in Ihrem Konzept, in Ihrer Arbeit?

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Herr Kollege Seifert, wir nehmen nicht nur Verbesserungen im Bereich des Pflegegeldes, sondern auch im Bereich der Pflegesachleistungen vor. Beides sind unterschiedliche Arten der Pflegehilfe. In dem einen Fall müssen Sie direkt etwas ausgeben für die Leistungen, die bezahlt werden müssen. In dem anderen Fall können Sie mit dem Pflegegeld im Sinne eines Budgets agieren. Das ist der Unterschied. Wir bleiben bei dem System, aber die Ansätze für beide Leistungen werden deutlich erhöht. Ich denke, das muss man hier einfach einmal festhalten.

Wir werden neben den Demenzzranke einer Vielzahl von Gruppen Pflegebedürftiger helfen. Das Thema Minutenpflege hat die Diskussion über viele Monate hinweg bestimmt. Jeder hat festgestellt, dass diese Art der Pflege renovierungsbedürftig ist. Wir ändern das jetzt. Wir beschreiten einen neuen Weg: Die Minutenpflege wird von einer flexiblen Zuwendungspflege abgelöst. Was heißt das? Der einzelne Pflegebedürftige kann sich erstmals aussuchen, wie viel Grundpflege, wie viel hauswirtschaftliche Versorgung oder Betreuung er in Anspruch nimmt. So kann er für sich selber ein individuell maßgeschneidertes Paket schnüren. Das ist ein Fortschritt. Wer dies kritisiert und nicht will, der soll dem Pflegebedürftigen in die Augen schauen und sagen: Ich möchte, dass es bei der Minutenpflege bleibt; ich bin gegen die Einführung der Zuwendungspflege.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wollen sie.

(Elke Ferner [SPD]: Warum machen Sie es nicht?)

Viele Pflegebedürftige leiden unter einer schwierigen Entscheidung: Die Versorgung zu Hause wird zunehmend schwieriger, aber in eine stationäre Einrichtung möchte man nicht. Deshalb schaffen wir eine neue Möglichkeit für all diejenigen, die zu Hause nicht mehr versorgt werden können, aber auch nicht in ein Heim wol-

Johannes Singhammer

- (A) len. Wir geben Pflegebedürftigen ein Stück mehr Freiheit, indem jeder Pflegebedürftige 2 500 Euro als Gründungszuschuss für eine ambulant betreute Wohngruppe bekommt, in der er selbstständig Pflegekräfte beschäftigen kann.

Wir sehen vor allem auch für die Pflegenden in der Familie, die einen großartigen Dienst leisten, eine eigene Regenerationsmöglichkeit vor. Das heißt, dass die Pflegenden auch einmal in Kur gehen können. Wer täglich pflegt und dadurch stark beansprucht wird, braucht auch einmal eine Auszeit für sich selbst. Er soll die pflegebedürftigen Angehörigen aber mitnehmen können, wenn er zur Kur fährt. Wir wissen, dass viele, die das Angebot bekommen, eine Kur zu machen, in Sorge sind, was in der Zeit mit den pflegebedürftigen Angehörigen geschieht. Deshalb soll er sie mitnehmen können, natürlich nicht, um sie während der Kur zu pflegen, sondern einfach, um sie in der Nähe zu wissen und den Kontakt halten zu können. Das ist ein Stück mehr Menschlichkeit, auf das viele schon lange gewartet haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir werden auch im stationären Bereich etwas tun. Wir haben 77 Millionen Euro vorgesehen, damit Menschen, die sich in einem Pflegeheim befinden, dort künftig eine gute ärztliche und zahnärztliche Versorgung garantiert bekommen. Wir haben mit dem Versorgungstrukturgesetz begonnen – 20 Millionen Euro für die zahnärztliche Versorgung –, und setzen dies jetzt fort. Das ist richtig; das macht Sinn.

- (B) Ich sage an dieser Stelle aber auch: Das Haus der Pflege wird noch weitere Stockwerke benötigen.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Den Pflegebegriff!)

Ich denke zum Beispiel an die demografische Reserve. Die demografische Entwicklung ist nichts Klinisches, das wir im Reagenzglas beobachten können, sondern etwas, das Deutschland in einer Weise umformen wird, wie wir es uns, glaube ich, noch gar nicht vorstellen können. Ich sage an dieser Stelle auch: Alle Zuwanderung der Welt wird das Problem nicht lösen, wenn wir in unserem Land nicht wieder mehr Kinder bekommen. Was werden wir tun? Wir wollen eine private zusätzliche Vorsorge, für die steuerliche Erleichterungen vorgesehen sind; zugleich brauchen wir für diejenigen, für die steuerliche Erleichterungen nicht attraktiv sind, einen Zuschuss. Wir brauchen beides. Wir wollen diese beiden neuen Stockwerke synchron in das Gesetzgebungsverfahren einbringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich möchte noch einmal auf das Stockwerk „Pflegebedürftigkeitsbegriff“ eingehen.

(Elke Ferner [SPD]: Das ist eigentlich das Fundament!)

Der Begriff der Pflegebedürftigkeit bedarf noch einer Nachjustierung. Wenn wir die Gruppen der Pflegebedürftigkeit neu bewerten – 0 bzw. I bis V –, muss bei

2,3 Millionen schon jetzt Pflegebedürftigen – das ist doch klar – vorher exakt festgelegt werden, wie wir das gestalten. Wann beginnt die Begutachtung? Wie viele Fachkräfte brauchen wir dazu? Mit welcher Gruppe beginnen wir? Diese Fragen muss verantwortungsvolle Politik vorher klären. (C)

(Elke Ferner [SPD]: Lesen bildet, Herr Singhammer!)

Ich danke dem Kollegen Wolfgang Zöllner, dass er die schwierige Aufgabe übernommen hat, den Beirat weiter zu begleiten, um bald zu einem Ergebnis zu kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir schieben das nicht auf die lange Bank. Die jetzige Einstufung gerade der Demenzkranken ist die Stufe 0 in dem neuen Katalog. Das heißt, das ist nicht weiße Salbe, sondern wirksame Therapie. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff kommt nicht erst in Zukunft, sondern er wird schon jetzt ein Stück weit umgesetzt und wird damit zur Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Kathrin Senger-Schäfer [DIE LINKE]: Darauf warten wir ja auch schon ziemlich lange! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Das stimmt überhaupt gar nicht!)

Lassen Sie mich zum Schluss einen weiteren wichtigen Punkt ansprechen. Gute Pflege braucht vor allem Pflegefachkräfte. Pflegefachkräfte brauchen eine gerechte Entlohnung, einen gerechten Gegenwert für ihre aufopferungsvolle Arbeit. (D)

(Elke Ferner [SPD]: Ach, echt? Willkommen im Klub!)

Sie brauchen eine gute Qualifikation; auch das ist wichtig. Was wir aber nicht brauchen, ist eine verpflichtend vorgeschriebene Akademisierung des Pflegeberufs mit der Folge, dass jeder, der in der Pflege tätig sein will, noch vor der Ausübung der Fachpflege eine Hochschulzugangsberechtigung nachweisen muss. Das brauchen wir nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Elke Ferner [SPD]: Wer will das denn hier?)

– Das will die EU, Frau Ferner. Wir kämpfen hoffentlich gemeinsam dafür, dass das nicht Realität wird.

Was Pflegekräfte vor allem brauchen, ist ein großes, weites Herz.

(Kathrin Senger-Schäfer [DIE LINKE]: Ach Gott!)

Das, was sie tun, ist praktizierte Nächstenliebe.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Und sie brauchen Geld!)

Deshalb, Herr Kollege Lauterbach, ist es wichtig, in einer solchen Debatte all denjenigen, die beruflich oder ehrenamtlich in ihrer Familie jemanden pflegen, ein herzliches Dankeschön zu sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Johannes Singhammer

- (A) Sie verdienen dafür große Anerkennung und großen Respekt. Herzlichen Dank all denen, die diese wunderbare Nächstenliebe jeden Tag praktizieren!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Senger-Schäfer für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Kathrin Senger-Schäfer (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Gute Pflege ist ein Menschenrecht. Für die Linke steht fest: Eine diskriminierungsfreie, menschenwürdige Pflege ist für alle Menschen zu sichern.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Haus der Pflege – Sie bemühten diesen Begriff vorhin so trefflich – ist morsch und droht einzustürzen. Die Angehörigen und die zu Pflegenden drohen unter den Trümmern begraben zu werden. Das ist die Wahrheit. Das ist das, was Sie mit Ihrem Gesetz anrichten.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine tatsächliche Neuausrichtung der Pflegeversicherung ist längst überfällig. Alle unmittelbar Betroffenen, also die Angehörigen und die Beschäftigten der Pflegeberufe, müssen Berücksichtigung finden. Niemand darf Nachteile erleiden. Die Politik hat die Rahmenbedingungen für eine Neuausrichtung der Pflegeversicherung zu setzen, ohne Wenn und Aber.

- (B)

(Beifall bei der LINKEN)

Seit Jahren besteht Konsens, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt; das haben, wie ich glaube, mittlerweile alle begriffen. Trotzdem ist der große Wurf bisher nicht gelungen. Die gesetzgeberischen Maßnahmen der vergangenen Jahre ändern nichts an der Tatsache, dass es nach wie vor gravierende Missstände gibt. Wir haben ja schon öfter vom dritten Pflegebericht des Medizinischen Dienstes gehört, dem zu entnehmen ist, dass bei sagenhaften 40,7 Prozent der Pflegebedürftigen, bei denen das Risiko des Wundliegens besteht, Versäumnisse bei der Vorbeugung festgestellt wurden. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Weil aufgrund von zu wenig Pflegepersonal gerade bei Menschen mit Demenz zu wenig Zeit für die Betreuung vorhanden ist, bleibt oft nichts anderes übrig, als diese Menschen mit Medikamenten ruhigzustellen. Das ist medikamentöse Freiheitsberaubung.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Klartext gesprochen: Pflegenotstand, Fachkräftemangel und Unterfinanzierung gipfeln in unhaltbaren Zuständen. Diese Zustände schreien geradezu nach Veränderung und nicht nach Beschönigung. Wir brauchen

Strukturen, welche die bedarfsgerechte Versorgung von älteren Menschen und jüngeren pflegebedürftigen Menschen sicherstellen und gleichzeitig vor Armutsrisiken, Überforderung und Überlastung des Umfeldes schützen. (C)

Eines steht für die Linksfraktion fest: Um dem Menschenrecht auf gute Pflege gerecht zu werden, sind Selbstbestimmung und Teilhabe zu ermöglichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Minutenpflege muss beendet und eine neue Bedarfsermittlung geschaffen werden. Dafür steht der neue Pflegebegriff. Auch wenn es immer wieder anders dargestellt wurde: Dieser liegt nun – man kann es kaum glauben – seit gut drei Jahren vor. Obwohl es zu Beginn des Jahres 2011 ein großspuriges Bekenntnis zum Jahr der Pflege aus dem Munde von Herrn Rösler gab, schafft es Herr Minister Bahr bis heute nicht, eine politische Entscheidung zur Umsetzung des neuen Pflegebegriffs zu fällen.

(Beifall der Abg. Agnes Alpers [DIE LINKE])

In der Systematik bleibt im Grunde alles, wie es ist – es werden nur Stockwerke aufgebaut, wie wir gehört haben –, auch wenn behauptet wird, dass ein paar Hundert Euro ein Vorgriff auf den neuen Pflegebegriff seien. Wäre dem so, dann wäre es doch auch möglich gewesen, sich mit einem neuen finanziellen Rahmen auf die Umsetzung des neuen Pflegebegriffs festzulegen.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Elke Ferner [SPD])

Aber eine Entscheidung im Rahmen des Pflege-Neuausrichtungsgesetzes scheut der Herr Minister wie der Neoliberalismus das Urteil von Ratingagenturen. Ich sage: Das Pflege-Neuausrichtungsgesetz der schwarzgelben Bundesregierung verdient schlicht seinen Namen nicht. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Bei allem Respekt vor den Verbesserungen, die die Pflegeversicherung mit sich gebracht hat:

(Daniel Bahr, Bundesminister: Aha!)

Der Geburtsfehler der Pflegeversicherung liegt ja gerade darin begründet, dass Menschen mit Demenz von Anfang an ausgeklammert wurden, da sich der Fokus allein auf den somatischen Bereich gerichtet hat, und zwar – das ist der eigentliche Skandal – aus Kostengründen. Das Gebot der Stunde ist ein fundamentaler Wandel. Die Zeit der Flickschusterei muss in der Pflege ein für allemal vorbei sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Dafür setzt sich die Linke mit dem heute vorliegenden Antrag „Pflege tatsächlich neu ausrichten – Ein Leben in Würde ermöglichen“ ein. Ich kann es nicht oft genug betonen: Es gilt, endlich den neuen Pflegebegriff umzusetzen. Dafür gibt es gute Gründe: Der derzeitige Pflegebegriff ist pflegewissenschaftlich nicht mehr vertretbar, und der veraltete Pflegebegriff ist schlicht ungerecht.

Kathrin Senger-Schäfer

- (A) Ich möchte Ihnen auch sagen, warum: Wenn ein Mensch aufgrund eines Schlaganfalls körperlich nicht mehr in der Lage ist, sich selbst zu waschen, dann gilt er als Pflegefall. Aber die Situation, dass beispielsweise meine Nachbarin aufgrund ihrer Demenz hilflos und verwirrt mitten in Berlin auf einer Straßenkreuzung steht und nicht mehr weiß, wie sie wieder nach Hause kommt, ist unter Umständen lebensgefährlich, wird allerdings bis heute in der Pflegeversicherung nicht ausreichend berücksichtigt. Genau das müssen wir ändern.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Wird doch gemacht!)

Unfähigkeit oder aber eine bloße Hinhaltenaktik hilft den Betroffenen nicht.

Noch ein Wort zur Finanzierung: Über Monate hinweg eierte die Koalition in Sachen verpflichtende kapitalgedeckte Pflegezusatzversicherung herum, weil das FDP-geführte Gesundheitsministerium offenbar ein Problem hat: Einerseits soll die Versicherungsindustrie ihr liberales Zubrot bekommen, andererseits scheint der Koalitionspartner, hier insbesondere der bayerische Ableger, zu ahnen, dass ein solch ungerechtes, unsoziales und zudem unsicheres Finanzierungsmodell bei den Menschen nicht ankommt.

Anstatt die Finanzierung endlich auf eine solide und gerechte Grundlage zu stellen und das nicht mehr zeitgemäße und ungerechte Nebeneinander von sozialer und privater Pflegeversicherung zu beenden, fällt Ihnen nichts Besseres als eine Beitragserhöhung und eine Aussicht auf eine Riester-Rente ein.

- (B)

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Versicherung!)

Über Riester-Renten haben wir in der Vergangenheit ja genug gehört. Es bleibt zu befürchten, dass diese Riester-Pflege am Ende doch nur die Versicherungswirtschaft pflegt.

(Beifall bei der LINKEN – Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Das hilft den Pflegebedürftigen sehr!)

Auch für die Beschäftigten in den Pflegeberufen sind keine Verbesserungen in Aussicht gestellt. Vielmehr wird mit der Aushebelung der ortsüblichen Vergütung dem Lohndumping auch noch Vorschub geleistet. Das bringt für mich das Fass zum Überlaufen. Besinnen Sie sich doch auf das, was uns die Menschenwürde vorgibt, und orientieren Sie sich am heute vorliegenden Antrag der Linken! Richten Sie die Pflege tatsächlich an den Bedürfnissen der Menschen aus!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Kollegin Aschenberg-Dugnus ist die nächste Rednerin für die FDP-Fraktion.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eigentlich bin ich jetzt dran!)

– Entschuldigung. Das können wir ohne Kollision rechtzeitig korrigieren. – Frau Kollegin Künast, bitte schön, Sie haben das Wort. (C)

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Bahr, Sie haben in Ihrer Rede behauptet, der Gesetzentwurf enthalte tatsächlich eine Pflegeeneuaustrichtung. Aber wenn wir in den Entwurf hineinschauen, stellen wir fest: Ihre Rede war nichts anderes als viel Schönrederei, Herr Bahr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Was?)

Die Schönrederei ist durch Sie, Herr Singhammer, noch getoppt worden,

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Sie haben nicht zugehört!)

als Sie vorhin sagten: Pflegekräfte brauchen ein großes Herz, und wir danken ihnen.

(Volkmar Vogel [Kleinsaar] [CDU/CSU]: Das war auch richtig!)

Tausende von Pflegekräften in diesem Land leisten in ihrem miserabel bezahlten Job Schwerstarbeit, zum Beispiel in Pflegeheimen. Sie stehen jetzt da, schauen auf ihre Hand und denken: Diese Koalition hat nicht mehr als einen lauwarmen Händedruck für mich übrig. – Das, Herr Singhammer, ist nicht in Ordnung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Zu Ihrer Zeit haben sie wohl mehr Gehalt bekommen, oder?) (D)

– Das ist nicht in Ordnung.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Bei Rot-Grün haben sie mehr Gehalt bekommen?)

Wer öfter in Heimen ist, weiß, wie sich Pflegekräfte aufreiben.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Können Sie mir sagen, was sie verdienen?)

– Dazu komme ich gleich. – Die Pflegekräfte lernen in ihrer Ausbildung, dass der Mensch körperliche Pflege, die Zuführung von Nahrungsmitteln und Flüssigkeit braucht, dass aber zu seiner Existenz eben auch soziale Zuwendung und Nähe gehören. Die Pflegekräfte in Deutschland haben dafür so gut wie überhaupt keine Zeit. Wegen solcher Defizite können Menschen sterben.

Weil der Job so schwer ist und so schlecht bezahlt wird und weil es auch psychisch schwer ist, all dieses Leid und die Sorgen zu sehen, ist die Wahrheit: In Deutschland gibt es längst Altersheime, bei denen die Aufsicht sagen muss: Wir schließen bei euch Stationen, weil ihr kein ausreichendes Personal mehr habt. – Sie, Herr Singhammer und Herr Bahr, reagieren aber nur mit einem warmen Händedruck. Denn Ihr Pflege-Neuau-

Renate Künast

- (A) richtungs-Gesetz richtet nichts neu aus und löst diese Probleme nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Schauen Sie sich die Situation einmal an: Wir haben einen demografischen und einen sozialen Wandel. Wir wissen, dass der Wandel in den Familienstrukturen – weniger Großfamilien, verschiedene Generationen leben an verschiedenen Orten – und der Wandel der Krankheitsbilder im Ergebnis eine wirkliche Neuausrichtung erfordern, wenn wir mit alten Menschen solidarisch umgehen wollen.

Es ist gerade von meiner Vorrednerin gefragt worden: Was ist denn in Heimen los? Selbst der Medizinische Dienst hat festgestellt, wie oft durch nicht ausreichende Behandlung ein Wundliegen, ein Dekubitus, Zustände kommt. Jeder, der das einmal bei einem Menschen erlebt hat, weiß: Das geht oftmals nicht mehr weg, wenn man einmal bettlägerig ist. Das verschlechtert den Allgemeinzustand und schränkt die Möglichkeiten der Menschen immer weiter ein bis hin zu dem Punkt, dass die Menschen allein in ihren Zimmern oder auf den Fluren ohne Zuwendung sitzen und sich stundenlang niemand mit ihnen beschäftigt. Für all das bräuchte man eine wirkliche Qualitätsoffensive in der Pflege. Das haben Sie nicht einmal ernsthaft angepackt, Herr Bahr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

- (B) Sie werden – das gebe ich zu – die Situation der Demenzkranken ein klein wenig verbessern. Aber das ist auch nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Ihre geplante Beitragssatzerhöhung ist auch kein finanzielles Konzept, um die Pflege zukunftsfest zu machen. Sie hätten den Mut haben müssen, zu sagen: Jetzt gehen wir einen großen Schritt. – Der hätte die Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffes sein müssen. Der Beirat hat Bedarfsstufen entwickelt. Warum sind sie in diesem Gesetzentwurf nicht enthalten? Das ist doch die Frage.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Weil die Umsetzung noch nicht praktikierbar ist!)

– Es ist klar, dass das nicht so einfach geht. Lassen Sie mich aber einschieben: Dass diese Koalition schwierige Probleme nicht lösen kann, davon war ich sowieso überzeugt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das können Sie weder bei den Kindern noch bei den alten Menschen, weil es immer nur um Machterhalt geht. Wenn es so schwer ist – drei Jahre sind eigentlich eine lange Zeit –, dann sagen Sie doch einfach, dass Sie einen Monat länger brauchen. Aber machen Sie es richtig!

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Nach unseren Vorstellungen!)

Sie reparieren nur an dieser Geschichte herum.

- (C) Wenn wir den Pflegebedürftigkeitsbegriff nicht reformieren und nicht konkret sagen, welche Leistungen man bei welchen Krankheiten bekommt, dann werden wir der heutigen Situation nicht gerecht. Nehmen wir die Demenzkranken; wir könnten auch jemanden nehmen, der einen Schlaganfall hatte. Wenn Sie nur messen wollen, ob jemand rein physisch in der Lage ist, die Hand in den Waschlappen zu stecken und sich zu waschen, dann haben Sie nicht zur Kenntnis genommen, dass Personen, die dement sind oder einen Schlaganfall hatten, schlicht und einfach vergessen, welche Funktion ein Waschlappen hat und was sie damit machen wollten. Es entspricht aber nicht unserer Vorstellung von einem Alter in Würde, dass man die Menschen mit diesen Problemen alleinlässt. Sich zu waschen, für Sauberkeit zu sorgen, sich anzuziehen, ausgehen zu können und Kontakte zu haben, all das gehört halt dazu. Sie kümmern sich aber darum nicht.

(Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Natürlich!)

– Nein, Sie kümmern sich darum nicht wirklich. Sie müssten dann tatsächlich den Pflegebedürftigkeitsbegriff ändern.

Auch was Sie über pflegende Angehörige gesagt haben, war nichts anderes als Schönrederei.

(Kathrin Vogler [DIE LINKE]: Alles weiße Salbe!)

(D) In Wahrheit ändern sich ein paar Begriffe, aber es ändert sich nichts Wesentliches für pflegende Angehörige.

(Elke Ferner [SPD]: So ist es!)

Das betrifft insbesondere die Frauen. Die Frauen übernehmen die Pflege. Sie werden aber durch Ihre finanziellen Regelungen nicht sozial abgesichert, kommen nach Jahren nicht wieder in ihre Jobs hinein und geraten direkt in die Altersarmut. Das ist nicht in Ordnung. Das ist keine Neuausrichtung der Pflege.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ein letzter Gedanke, meine Damen und Herren: Ich habe dem neuesten *Stern* entnommen, wie sehr Frau von der Leyen jetzt wieder kämpft – da müssen Sie sich wehren –, weil eine Frau, die in irgendeinem Kaufhaus arbeitet, einen schlechten Arbeitsvertrag hat. Vielleicht können wir eines Tages einen Artikel schreiben, in dem steht: Gegen Sie, Frau von der Leyen und Herr Bahr, müssen sich die Pflegekräfte wehren. Denn Sie lassen die Pflegekräfte, viele davon aus Osteuropa, mit 800 Euro im Monat nach Hause gehen. Sie machen Vorschläge, damit mehr Ärzte ins Altersheim kommen, und geben denen dann noch eine Extravergütung. Das ist anscheinend nötig. Aber in der Pflege, in der im Wesentlichen Frauen arbeiten, reduzieren Sie die Löhne noch,

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Was verdienen sie denn? – Lars Lindemann [FDP]: Sie haben keine Ahnung! Das ist alles!)

Renate Künast

- (A) weil Sie die Zulassung von Heimen nicht mehr von der Bezahlung des ortsüblichen Lohns abhängig machen. So geht keine gute Pflege.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Sie haben immer noch nicht gesagt, was sie verdienen!)

Wir glauben, dass man zwei Punkte angehen muss. Erstens muss der Pflegebedürftigkeitsbegriff reformiert werden, damit auch die psychischen Gegebenheiten mitberücksichtigt werden.

(Lars Lindemann [FDP]: Das war erfrischend kenntnisfrei!)

Zweitens brauchen wir – das ist die einzig sinnvolle Lösung – eine Bürgerversicherung.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nur mit einer Bürgerversicherung in der Pflege können Sie den zukünftigen Kostensteigerungen entgegenwirken und für eine würdevolle Pflege in Deutschland sorgen.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Das ist ja noch schlimmer als im Berliner Wahlkampf! Mein Gott!)

Aber da trauen Sie sich nicht heran.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun erhält tatsächlich die Kollegin Aschenberg-Dugnus das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Christine Aschenberg-Dugnus (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde jetzt gerne zu einer seriösen Sachdebatte zurückkommen. Ich denke, das können wir gut gebrauchen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Lachen bei der SPD und der LINKEN)

Die Menschen, die uns zuhören, haben einen Anspruch darauf, dass wir die Herausforderungen des demografischen Wandels in der Pflegeversicherung annehmen. Denn dafür haben uns die Menschen gewählt. Wir müssen deshalb die Pflegeversicherung zukunftsfest machen und dafür Sorge tragen, dass alle Menschen in diesem Lande auch weiterhin würdevoll alt werden können.

Eine Neudefinition der Pflegebedürftigkeit – darin sind wir uns alle in diesem Hause einig – ist deshalb gerade im Hinblick auf Demenzerkrankungen absolut notwendig. Daran arbeiten wir bereits intensiv. Denn die Demenzerkrankten haben unter den Vorgängerregierungen schon lange genug gewartet.

- Wir schaffen mit dem Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz schon vorab, also vor der umfangreichen Neudefinition, ganz konkrete Verbesserungen. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zwei Kernelemente des eingebrachten Gesetzentwurfs sind: zum einen Leistungsverbesserungen für Demenzerkrankte und ihre Familien und zum anderen die immer angemahnte Flexibilisierung der Leistungsanspruchnahme. Sie müssen den Gesetzentwurf nur lesen.

Im Vorgriff auf eine Neudefinition der Pflegebedürftigkeit wird es nun erstmals richtige Leistungen aus der Pflegeversicherung für Demenzerkrankte geben. Heute erhalten Menschen, die an Demenz erkrankt sind, lediglich 100 oder 200 Euro für niedrigschwellige Angebote. Wir sorgen jetzt dafür, dass bereits in der Pflegestufe 0 Leistungen zur Verfügung stehen. Das heißt konkret, statt null Euro wie bisher gibt es in der Pflegestufe 0 nun 225 Euro im Monat für Sachleistungen und 120 Euro Betreuungsgeld. Auch in den folgenden Pflegestufen wird es mehr Geld geben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das sind zusätzliche Leistungen, die den Demenzerkrankten ab dem 1. Januar 2013 zur Verfügung stehen. Das können Sie nicht schlechtreden.

Ein weiterer Punkt sind die starren Pflegekomplexe. Diese wollen wir durch eine Flexibilisierung des Leistungsrechts weiter verbessern. Das ist dringend notwendig; denn das hilft insbesondere den Demenzerkrankten, die nicht unbedingt klassische hauswirtschaftliche oder pflegerische Leistungen benötigen, sondern ganz individuell betreut werden müssen. Das entlastet übrigens auch die pflegenden Angehörigen, die wirklich eine unglaublich schwierige, aner kennenswerte und verantwortungsvolle Tätigkeit ausüben. (D)

Was wir nicht wollen, sind starre, festgelegte und unflexible Angebotsstrukturen; denn solche Strukturen helfen niemandem vor Ort. Wir wollen die Eigenständigkeit, die Entscheidungsfreiheit und die Berücksichtigung individueller Bedürfnisse stärken. Was höre ich da von der Frau Kollegin Reimann? Ich zitiere: Das ist ein typischer FDP-Ansatz. Die Betroffenen bekommen mehr Geld und müssen sich dann selbst kümmern. – Meine Güte! Natürlich ist das der richtige Ansatz. Es darf aber nicht heißen „Sie müssen sich dann selbst kümmern“, sondern es muss heißen „Sie dürfen sich endlich selbst darum kümmern“. Das entspricht genau dem, was die Menschen vor Ort brauchen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Menschen wollen für sich bzw. für ihre Angehörigen aus verschiedenen Alternativen selbst aussuchen können und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Sie wollen mehr Wahlmöglichkeiten. Sie wollen mehr Eigenverantwortung und ein selbstbestimmtes Leben, auch wenn die Alltagskompetenz eingeschränkt ist. Was sie nicht wollen, ist, dass ihnen von Politikern vorgeschrieben wird, wie die Pflege aussehen soll.

Christine Aschenberg-Dugnus

- (A) Deshalb enthält unser Gesetz eine Verbesserung der frühzeitigen Beratung der Versicherten – das ist das, was die Menschen brauchen –

(Beifall bei der FDP)

und des Weiteren eine Verbesserung der Beteiligung der Betroffenen sowie eine finanzielle Förderung der Selbsthilfe.

Ich komme jetzt zu einem Punkt, der mir persönlich sehr am Herzen liegt. Das sind die alternativen Wohnformen. Diese Wohnformen – zum Beispiel Pflege-WG – werden nun durch unser neues Gesetz spürbar gestärkt. Wir waren erst in der letzten Woche in der Pflege-WG „habitas“ im schleswig-holsteinischen Hammoor, und ich sage Ihnen: Was wir dort gesehen haben, ist wirklich beeindruckend; denn was dort angeboten wird, entspricht genau den individuellen Wünschen und Bedürfnissen der Pflegebedürftigen. Dort finden Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen zueinander und organisieren sich einen schönen und wirklich würdevollen Lebensherbst.

Man kann beispielsweise als Demenzkranker mit Pflegestufe 0 dort einziehen und auch dort bleiben, wenn man irgendwann Pflegestufe 3 erhält. Die Bewohner müssen dann nicht in eine andere Einrichtung umziehen, sondern können bis zu ihrem Lebensabend dort bleiben, wo sie sich in der Gemeinschaft wohlfühlen. Die Menschen fühlen sich dort auch deshalb so wohl, weil besonders die Mitarbeiter hervorragende Arbeit leisten. Sie nehmen nämlich die Demenzkranken so an, wie sie sind. Es gibt zum Beispiel keine festen Frühstückszeiten.

- (B) Vielmehr wird auf den individuellen Lebensrhythmus der Mieter – so werden die Menschen dort genannt – eingegangen. Das ist einfach toll, und das muss man hier auch einmal sagen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es gibt viele gute Beispiele für unterschiedliche Pflege vor Ort. Ich kann allen Kollegen nur raten, sich einmal umzuschauen. Ein weiteres Beispiel ist die „Pflege LebensNah“ in Rendsburg. Dort werden nicht nur Pflegebedürftige betreut. In einem angeschlossenen Café kümmern sich die Mitarbeiter aufopferungsvoll auch um das Thema Demenz. Es ist besonders wichtig, dass die Angehörigen im Umgang mit Demenzerkrankten geschult werden, beraten werden und Hilfestellung erhalten. Das ist ganz besonders wichtig.

Mit der Stärkung neuer Wohnformen greifen wir genau das auf, was den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen entspricht.

Niemand soll behaupten: Mit der Reform X oder Y machen wir das Leben eines schwerstpflegebedürftigen Menschen wieder so unbeschwert wie das eines 20-Jährigen. Darum geht es auch nicht. Es geht bei der Organisation des Lebensherbstes darum, das Leben so angenehm, so erträglich und so würdevoll wie möglich zu gestalten, für die Pflegebedürftigen und für die Angehörigen. Genau das ermöglicht unser Pflege-Neuausrichtungsgesetz.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(C)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Hilde Mattheis für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Hilde Mattheis (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was erleben wir heute hier in diesem Hohen Hause? Das ist ein typisches FDP-Muster: Es wird zwei Jahre immer wieder groß angekündigt, und dann wird etwas vorgelegt, was milde mit dem Wort Flickschusterei bezeichnet werden kann. Es geht um ein Pflege-Neuausrichtungsgesetz, das diesen Namen nicht verdient.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Zwei Jahre hat die FDP damit zugebracht, immer wieder zu vertrösten und immer wieder auf ein Gesamtkonzept zu verweisen. Jetzt liegt ein Flickenteppich vor. Einzelne Facetten von dem, was uns die Fachwelt immer wieder gesagt hat, sind zwar aufgegriffen worden,

(Zurufe von der FDP: Aha!)

aber ein Gesamtkonzept ist nicht zu erkennen.

Das FDP-geführte Ministerium hat angekündigt, 1 Milliarde Euro ausgeben zu wollen, und gefragt, was dafür zu bekommen sei. Dann wurde gesagt, es solle etwas für Menschen mit Demenz und etwas für Angehörige getan werden, und vielleicht solle eine Unterstützung für alternative Wohnformen gegeben werden. Sie haben versucht, die 1 Milliarde Euro irgendwie auf diese Bereiche zu verteilen. Das aber hat nichts mit den wirklichen Herausforderungen im Bereich der Pflege zu tun. Sie, Herr Zöller, wissen genau, dass der Fachbeirat, der schon vor drei Jahren einen Bericht vorgelegt und Umsetzungsvorschläge gemacht hat, uns und den Akteuren im Bereich der Pflege fachlich fundierte Hinweise gegeben hat.

Was aber macht diese Regierung? Sie verschiebt permanent die Umsetzung. Sie besitzt auch noch die Unverfrorenheit, zu sagen: Wir greifen alles auf und sorgen für die größten Verbesserungen für Menschen mit Demenz. – Dabei wissen Sie, Herr Bahr – da verkaufen Sie sich wirklich unter Wert; das sollten Sie nicht tun –, dass mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz von CDU/CSU und vor allen Dingen SPD schon längst die richtigen Weichen für Verbesserungen für Menschen mit Demenz gestellt wurden.

(Elke Ferner [SPD]: So ist das!)

Menschen, die Hilfe brauchen, nur mit Mantras abzuspeisen, kann man nicht als seriös bezeichnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich will anhand einiger Punkte – Herr Kollege Lauterbach hat das freundlicherweise angekündigt – auf unser Konzept eingehen.

(D)

Hilde Mattheis

- (A) Erstens. Wir haben uns längst zu Anfang dieser Legislaturperiode auf den Weg gemacht. Wir fordern vehement, dass eine fundamentale Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffs erfolgen muss. Die Einsetzung eines zweiten Fachbeirats, die Sie damit begründen, dass eine fachlich fundierte Arbeit vorgelegt werden soll, ist ein Schlag ins Gesicht aller, die sich im ersten Fachbeirat massiv engagiert haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Jetzt sollen all diese Menschen, die einen guten Bericht abgegeben und die das Fundament für eine neue Ausrichtung gelegt haben,

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Aber keine Umsetzung vorgeschlagen haben!)

sich noch einmal zusammensetzen

(Heinz Lanfermann [FDP]: Die sitzen zusammen!)

und all das, was sie bereits gesagt haben, noch einmal formulieren – und das nur, weil Herr Zöllner auf einmal der Vorsitzende ist. Das geht nicht. Vielmehr muss der Pflegebedürftigkeitsbegriff jetzt reformiert werden; denn Menschen, die pflegebedürftig sind, haben einen Anspruch auf Selbstbestimmung und Teilhabe. Das ist unser vordringliches Ziel: Selbstbestimmung und Teilhabe.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Zweitens. Wir wollen die Unterstützung von Pflegepersonen. Sie sagen zu Recht, dass Angehörige eine hervorragende Arbeit leisten. Wenn wir diese Angehörigenarbeit in unserem System nicht hätten, sähe es ganz schlecht aus; wirklich wahr. Aber die Angehörigen brauchen auch wirkliche Unterstützung: mehr Unterstützung durch Kurzzeit- und Verhinderungspflege, Verbesserungen bei der Reha, aber auch Lohnersatzleistungen für die Pflegezeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wo ist denn dieser Vorschlag? Den vermisste ich bei Ihnen. Wer kann sich denn die Freistellung leisten? Die Verkäuferin? Nein! Wir wollen, dass die Pflegezeit, dieses halbe Jahr – 1 000 Stunden für die Pflege –, nicht nur flexibler genommen werden kann, sondern auch mit Lohnersatzleistungen unterlegt wird.

Drittens. Das ist, glaube ich, etwas, das Sie sich tatsächlich noch einmal überlegen sollten. Sie hier hinzustellen und zu sagen: „Auch Fachpflegekräfte sind ein wichtiges Potenzial“, alles Mögliche dazu auszuführen, wie groß etwa der Dank der Gesellschaft für diese Berufsgruppe sei, und dann den ortsüblichen Tarif einfach mal wegzurasieren

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Haben Sie das Gesetz gelesen?)

und das dann zu begründen mit – man höre und staune! – Bürokratieabbau, das ist nicht nur schräg; das ist zynisch. Was diese Pflegefachkräfte brauchen, sind eine

ordentliche Bezahlung und eine ordentliche ganzheitliche Ausbildung. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Deswegen fordern wir eine generalistische Ausbildung, Gebührenfreiheit für die Ausbildung und vor allen Dingen auch gute Bezahlung.

Wenn Sie nicht mit dieser Botschaft in die Debatte hineingehen, dann – das kann ich Ihnen sagen – wird Ihnen alles das nicht gelingen, was Sie vielleicht versuchen, etwa Arbeitskräfte aus dem europäischen Ausland hierherzuholen. Wir brauchen viele Bausteine, um die Akzeptanz für die Pflegeberufe zu erhöhen, und gute Bezahlung ist ein solcher Baustein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Genauso zynisch finde ich die Unterstützung für Wohngruppen. Soll das ein Wettbewerb um diese 30 Millionen Euro werden? Soll sich eine an Demenz erkrankte Witwe, Pflegestufe I, auf die Wettbewerbsstraße begeben und für diese 2 500 Euro Schlange stehen?

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Wie denn? – Jens Spahn [CDU/CSU]: Kann da mal jemand reden, der Ahnung hat?)

Sie wollen dafür 30 Millionen Euro ausgeben und verkünden das als den großen Wurf. Dabei ist diese Entwicklung „Unterstützung alternativer Wohnformen“ (D) etwas, das wir schon längst auf den Weg gebracht haben. Die Unterstützung muss ausgebaut werden – ja, richtig –,

(Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Aha! – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Genau das machen wir ja! – Heinz Lanfermann [FDP]: Was denn nun?)

aber nicht mit einem Wettbewerb der Pflegebedürftigen untereinander, sondern verstetigt, ordentlich organisiert und mit einer Beratungsstruktur,

(Lars Lindemann [FDP]: Geben Sie sich doch mal Mühe!)

die sich nicht nur auf die §§ 7 und 7 a SGB XI, sondern auch auf die Pflegestützpunkte bezieht.

(Beifall bei der SPD)

Pflegestützpunkte – das ist mein letzter Punkt – kommen bei Ihnen mit keinem Wort vor. Dabei haben sie sich dort, wo sie etabliert und gut gemacht sind – ich nenne da nur Rheinland-Pfalz –, wirklich bewährt; denn so kann man Menschen weit im Vorfeld von Pflegebedürftigkeit erreichen. Die Antwort, die Sie am 16. April auf eine Kleine Anfrage von uns gegeben haben, spricht da Bände. Sie bestätigen: Wichtig ist ein Case Management. Auf die Frage 26, in der es darum geht, ob Sie die Pflegestützpunkte ausbauen, antworten Sie: Nein. – Das haben Sie also nicht vor. Interessant, kann ich da nur sagen.

(A) **Präsident Dr. Norbert Lammert:**
Frau Kollegin.

Hilde Mattheis (SPD):

Das, was Sie hier vorgelegt haben, sind Versatzstücke. Herr Bahr, ich erwarte mehr von Ihnen; denn das ist nicht ein kleines x-beliebiges Reförmchen; das ist die Pflegereform, und da geht es um Menschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Martina Bunge [DIE LINKE] und Elisabeth Scharfenberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Jens Spahn für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Jens Spahn (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Kollege Lauterbach und dann noch einmal die Frau Kollegin Mattheis angekündigt haben, sie würden das Konzept der SPD vorstellen, warte ich immer noch darauf.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben sich an irgendwelchen Kampfbegriffen abgearbeitet, aber von Ihrem Konzept haben wir, bis jetzt wenigstens, noch kein Wort gehört, und das ist schade.

(B)

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Nein, das ist gut so! – Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Sind Sie später gekommen?)

Das ist deswegen schade, weil die Pflege im Grunde das große gesellschaftspolitische Thema dieses Landes ist,

(Hilde Mattheis [SPD]: Dann nehmen Sie sie an! – Elke Ferner [SPD]: Sie vertagen sie gerade!)

und zwar für jeden Einzelnen in den Familien wie auch für uns als Gesellschaft insgesamt.

Nicht jeder hat Kinder; aber jeder hat Eltern, und jeder wird sich mit Sicherheit im Laufe seines Lebens intensiv in der eigenen Familie mit dieser Frage auseinandersetzen müssen. Das ist eine Frage, die auch viel mit Emotionen zu tun hat, mit gegenseitigen Erwartungen von Kindern und Eltern, ohne Zweifel auch mit Enttäuschungen und Frustrationen. Dabei handelt es sich um eine Debatte, die schwer zu führen ist. Auch der Gedanke, dem eigenen Vater Windeln anlegen oder die eigene Mutter füttern zu müssen, und aus Sicht der Eltern der Gedanke der eigenen Unzulänglichkeit, Dinge nicht mehr tun zu können, vielleicht aufgrund von Demenz die eigene Familie nicht mehr erkennen zu können, das alles ist schwierig. Das ist schwierig für jede einzelne Familie und für jeden einzelnen Betroffenen.

Genauso schwierig, wie es für den Einzelnen und für jede Familie ist, ist es natürlich für uns insgesamt in der

Gesellschaft, diese Debatte zu führen. Wir können uns gerne immer wieder über einzelne Euro-Beträge auseinandersetzen. Das müssen wir auch; das gehört dazu. Ein bisschen mehr zur gesellschaftspolitischen Dimension dieser Debatte, etwas mehr Grundsätzliches hätte ich mir in dieser Diskussion aber auch gewünscht. Bei dem, was Sie bisher hierzu vorgetragen haben, hat das leider kaum eine Rolle gespielt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Das haben wir doch gemacht!)

Lassen Sie mich dazu Folgendes feststellen – es wurde vorhin in diesem Zusammenhang das Wort „Schönrederei“ benutzt –: Wissen Sie, ich habe großen Respekt –

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Wir alle haben das!)

– Ja, aber dann bezeichnen Sie es nicht so. Frau Kollegin Künast hat es gerade Schönrederei genannt. – Ich habe großen Respekt vor jedem, der einen Angehörigen pflegt, vor jedem, der ehrenamtlich in diesem Bereich tätig ist und sich dort einbringt,

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Wir wollen Gesetze!)

und auch vor jeder Pflegekraft in einer Einrichtung, die ohne Zweifel einen sehr harten Job leistet. Davor habe ich großen Respekt.

Sie haben vorhin viel über Schande geredet, Herr Kollege Lauterbach. Diese Menschen haben es einfach nicht verdient, dass mit Pauschalverdächtigungen, wie Sie sie hier geäußert haben, hantiert wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die eigentliche Schande ist, wie Sie hier geredet haben.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Ich habe den Bericht vorgetragen, die wissenschaftlichen Ergebnisse!)

– Es ist gut, dass Sie den Bericht über die Qualität insbesondere in den Pflegeeinrichtungen ansprechen, der in dieser Woche diskutiert worden ist.

Um eines vorneweg klarzustellen: Es gibt schwarze Schafe. Da muss hart durchgegriffen werden. Jeder Fall von ungerechtfertigtem Freiheitsentzug, schlechter, mangelnder Ernährung oder zu wenig Trinken ist einer zu viel. Darüber brauchen wir nicht lange miteinander zu diskutieren.

Ich würde mir übrigens manchmal wünschen, dass die Behörden vor Ort dann auch durchgreifen.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Sie regieren doch!)

– Das ist keine Frage von Gesetzen, sondern eine Frage der Umsetzung von Gesetzen,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Die reichen nicht aus! – Weitere Zurufe von der SPD)

(C)

(D)

Jens Spahn

- (A) manchmal auch vor Ort. Es ist notwendig, dass dann, wenn es entsprechende Zustände gibt, Einrichtungen geschlossen werden.

Eines gehört zur Wahrheit aber auch dazu – anscheinend ist es Ihnen ja nicht möglich, eine differenzierte Diskussion zu führen –: Ich will einmal aus dem gestern vorgestellten Bericht zur Qualität in der Pflege den Vergleich zwischen 2007 und 2010 zitieren. Sie können sich ja noch daran erinnern, wie in den Jahren vor 2007 die Zusammensetzung in der Bundespolitik war. Ich will diesen Punkt aber gar nicht immer wieder aufgreifen, auch wenn Sie mit Blick auf den Mai offensichtlich gerade Wahlkampf machen. Also, Vergleich der Situation in den Einrichtungen von 2007 und der von 2010: Hilfe bei Essen und Trinken: deutlich besser geworden. Angebote an demente Heimbewohner: deutlich besser geworden. Situationsgerechtes Handeln der Pfleger bei akuten Ereignissen: deutlich besser geworden. Inkontinenzversorgung: deutlich besser geworden. Es gibt andere Bereiche, in denen die Qualität gleichgeblieben ist und sie noch besser werden muss. Der Trend ist aber eindeutig.

Nicht zuletzt durch das, was wir in der Großen Koalition in Bezug auf die Qualitätsberichte und die Kontrollen in den Einrichtungen eingeführt haben, wird die Qualität besser. Sie muss noch weiter steigen. Aber reden Sie diesen Trend doch nicht klein, sondern erkennen Sie an, was da von den in diesem Bereich tätigen Menschen geleistet wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Außerdem wird hier in der Diskussion immer behauptet, wir täten zu wenig, auch finanziell. Wissen Sie, jeder von uns würde gern deutlich mehr Geld ausgeben; das ist überhaupt keine Frage. Sie vergessen nur immer den zweiten Teil: dass es am Ende auch irgendwie finanziert werden muss.

Wir haben eine zusätzliche Leistung im Volumen von über 1 Milliarde Euro geschaffen. Das ist übrigens immer noch viel Geld: 1 000 Millionen Euro.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was kostet das Betreuungsgeld?)

Das ist eine Leistungsverbesserung von 5 Prozent. Die Pflegeversicherung hat heute ein Gesamtvolumen von etwa 20 Milliarden Euro. Nennen Sie mir ein anderes soziales Sicherungssystem, bei dem wir in jüngster Zeit Leistungsverbesserungen in diesem Umfang – 5 Prozent – vorgenommen haben. Reden Sie diese Summe doch nicht klein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dann stellen Sie sich hier hin und sagen: 6 Milliarden Euro wären schöner. – Wir wüssten auch, was wir mit 6 Milliarden Euro anfangen könnten. In Ihrem Konzept, das Sie leider nicht vorgetragen haben, ist vorgesehen, 6 Milliarden Euro auszugeben.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: 10 Milliarden Euro wären noch schöner!)

Nur leider sagen Sie nicht viel über die Finanzierung.

Ich weiß nicht, ob Sie wahrgenommen haben: Ganz Europa spart gerade. Schauen Sie sich einmal an, was bei den sozialen Sicherungssystemen insbesondere in den südeuropäischen Ländern gerade passiert – in Griechenland, in Italien, in Spanien, in Portugal und in vielen anderen Ländern mehr.

(Elke Ferner [SPD]: Wollen Sie das jetzt auch machen, oder wie?)

Das passiert nicht zuletzt deswegen, weil über Jahre Geld ausgegeben wurde, das nicht vorhanden war. Wir handeln verantwortlich, indem wir so viel Geld zur Verfügung stellen, wie es im Moment möglich ist, und keine Luftschlösser bauen. Ordnen Sie die Situation doch einmal in eine Gesamtdebatte ein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Betreuungsgeld! Mövenpick zurück!)

Es ist gerade heute wieder zu lesen – auch das ist spannend; auch das sagen Sie den Menschen nicht –, dass wir nach Belgien das Land mit der zweithöchsten Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind. Dies liegt nicht zuletzt an den Sozialversicherungsbeiträgen, die zu zahlen sind. Sie fordern hier mal eben 6 Milliarden Euro mehr. Das sind 0,6 Beitragssatzpunkte.

(Elke Ferner [SPD]: Richtig!)

Nennen Sie diesen Teil der Wahrheit vielleicht auch einmal.

(Elke Ferner [SPD]: Das sagen wir ja auch!)

Es hat ja einen Grund, warum Sie zu Ihrem Konzept nicht besonders viel sagen.

Dann kommt die Allzweckwaffe: die Bürgerversicherung. Die löst alle Probleme.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Jäger 90!)

Sie lassen aber immer einen Teil der Wahrheit weg: Die Menschen, die Sie in diese Versicherung mit einbeziehen wollen, die Privatversicherten, sind nicht alle Millionäre. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen: Der größte Teil der Privatversicherten sind Beamte, Pensionäre und viele kleine Selbstständige. Sie tun immer so, als würde die Bürgerversicherung per se dazu führen, dass auf einmal wahnsinnig viel Geld für alle zur Verfügung steht. Das ist Augenwischerei. Das sagen Sie in jeder Debatte. Das löst aber die Probleme am Ende des Tages nicht, die wir in Zukunft bei der Finanzierung zu lösen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zum Pflegebedürftigkeitsbegriff. Frau Kollegin Künast ist umfänglich darauf eingegangen. Frau Künast, so einfach ist es aber am Ende nicht. Sie haben recht damit, dass es schon einen Pflegebeirat gegeben hat, der gearbeitet hat.

(Elke Ferner [SPD]: Aber?)

Dieser Beirat hat Frau Bundesministerin Schmidt am Ende der Legislatur noch etwas vorgelegt. Aber es ist doch bezeichnend, dass Ulla Schmidt – ich weiß nicht,

Jens Spahn

- (A) ob Sie sich noch an sie erinnern; Sie wollen ja am liebsten mit dem, was Ulla Schmidt entschieden hat, heute nichts mehr zu tun haben; das haben wir schon zur Kenntnis genommen –

(Elke Ferner [SPD]: Das ist ja Blödsinn hoch drei!)

in einem Interview im Dezember letzten Jahres gesagt hat: Wer den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff seriös umsetzen will, muss die Dinge mindestens zwei bis drei Jahre vernünftig vorbereiten und dann Schritt für Schritt umsetzen.

(Thomas Oppermann [SPD]: Das haben Sie ja gerade nicht gemacht! – Elke Ferner [SPD]: Sie haben es doch drei Jahre liegen lassen!)

Mit dem, was bisher vorliegt, geht es nicht. Diesen Teil vergessen Sie immer. Sie tun immer so, als ob wir das morgen machen könnten. Es ist schön, dass zumindest Ulla Schmidt weiß, dass mehr als Überschriften dazu gehört, wenn man vernünftige Politik machen will.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir sind dankbar dafür, dass unser Kollege Wolfgang Zöllner wie auch Herr Voß und fast alle bisherigen Mitglieder – bis auf einen, wenn ich es richtig in Erinnerung habe – des Pflegebeirates mit Vertretern aus der Wissenschaft und aus den Verbänden gesagt haben: Wir arbeiten wieder mit, weil wir wissen, dass es nicht ohne unsere Arbeit geht und wir noch mehr Vorarbeit leisten müssen.

- (B) Sie können sich nicht einfach hier hinstellen und sagen: Das alles wäre gar nicht nötig. – Jeder, der ein bisschen Kenntnis hat, weiß, dass diese Arbeit zu leisten ist, um den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff umzusetzen, was eine große Herausforderung ist. Sie müssen das System für viele Millionen Menschen anders gestalten; das muss vorbereitet werden.

(Elke Ferner [SPD]: Sie haben doch drei Jahre lang gepennt!)

Deswegen sind wir sehr dankbar dafür, dass Wolfgang Zöllner, Herr Voß und die anderen diese Arbeit übernommen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch die Debatte zur Bezahlung der Pflegefachkräfte nehme ich mit Interesse zur Kenntnis. Ich weiß nicht, was das bedeuten sollte: Wollen Sie, Frau Künast, Frau Mattheis, jetzt per Gesetz die Bezahlung festlegen?

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Regionalprinzip!)

Wollen Sie etwa die Tarifpartner herauslassen? Die Entwicklung bei den Pflegefachkräften geht übrigens eindeutig nach oben. Wenn es Bedarf nach Fachkräften gibt, steigt der Lohn Schritt für Schritt. Das tut er in diesem Bereich.

Bei den Pflegehilfskräften gibt es ein Problem. Auch da ist eine differenzierte Betrachtung Ihrerseits offensichtlich nicht möglich. Deswegen haben wir als Koalition bei den Pflegehilfskräften einen Mindestlohn auf

den Weg gebracht und für eine entsprechende Bezahlung gesorgt. (C)

Bei den Pflegefachkräften ist aber nicht die Bezahlung das Problem; das ist doch nicht das eigentliche Thema.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Doch!)

Das Problem sind die Arbeitsbedingungen und die Belastungen, die es in diesem Bereich gibt. Nicht zuletzt gibt es auch ein Problem mit der Bürokratie; dies wurde gerade angesprochen.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Genau! Sie regieren doch noch!)

Was alles muss man tatsächlich nachhalten? In diesem Gesetzgebungsverfahren legen wir stärkere Akzente auf die Ergebnisqualität und weniger auf die Prozessqualität.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ein anderes Thema ist die gesellschaftliche Anerkennung dieser Berufe. Da können Sie sich doch nicht ernsthaft – ich sage es noch einmal – hier hinstellen, Frau Senger-Schäfer und Herr Lauterbach, und mit einem Generalverdacht gegen die Pflegekräfte arbeiten, wie Sie es hier getan haben.

(Elke Ferner [SPD]: Das hat doch niemand gemacht! – Weitere Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Sie zeichnen ein Bild von der Pflege in Deutschland, das den tatsächlichen Zuständen in den Einrichtungen und der Arbeit, die dort geleistet wird, einfach nicht gerecht wird. Das ist einer der Gründe, warum dieser Job für viele Menschen unattraktiv ist. Sie reden ihn immer schlecht; das ist doch das eigentliche Problem. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Thomas Oppermann [SPD]: Sie machen Ihre Arbeit nicht! – Weitere Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Herr Kollege.

Jens Spahn (CDU/CSU):

Das Gleiche gilt abschließend, Herr Präsident, für die neuen Wohnformen. Sie sagen: Die neuen Wohnformen wollen wir nicht; wir wollen sie nicht fördern. Wir sehen übrigens eine dauerhafte Förderung der neuen Wohnformen vor, gerade weil die Menschen sich eine Zwischenlösung zwischen dem Zuhause Wohnen, was manchmal nicht mehr geht, und einer stationären Einrichtung wünschen. Es geht um ambulante betreute Wohnformen. Es ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen, wie Sie gerade über diesen Wunsch geredet haben. Wir werden ihn umsetzen; denn im Interesse der Menschen brauchen wir mehr Flexibilität.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Lieber Kollege Spahn!

(A) **Jens Spahn** (CDU/CSU):

Wir haben sicherlich um jeden Euro gefeilscht, aber diese 1 Milliarde Euro mit den Schwerpunkten Demenz und pflegende Angehörige sind gut eingesetzt im Interesse der Menschen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Ilja Seifert für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Spahn, Sie erwarten grundsätzliche Aussagen. Die hätte ich von Ihnen und Ihrer Regierung auch erwartet. Herr Singhammer, Sie haben ein Bild benutzt. Das ist immer sehr gefährlich. Sie wollen noch zwei Stockwerke auf das Haus bauen. Ich sage Ihnen: Legen Sie erst einmal ein ordentliches Fundament.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Elisabeth Scharfenberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich kann Ihnen auch sagen, wie das Fundament aussehen muss: Das Fundament muss zum einen darin bestehen, den bereits erarbeiteten Pflegebegriff umzusetzen. Das heißt, Teilhabe ermöglichen, wenn man pflegebedürftig ist; das heißt auch assistierende Begleitung. Das zweite Grundelement für das Fundament ist eine vernünftige Finanzierung. Das ist eine Bürgerinnen- und Bürgerversicherung und kein Pflege-Riester und Ähnliches.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Über diese Punkte haben Sie überhaupt nicht ernsthaft geredet, sondern Sie haben lediglich das Reförmchen, das in einem dicken Papier angekündigt wird, verteidigt.

Was die Menschen wirklich brauchen, ist, dass sie selbst dann, wenn sie Schwierigkeiten in der Alltagsbewältigung haben – wenn sie inkontinent oder ein wenig verwirrt sind –, als Teil der Gesellschaft inmitten der Gesellschaft leben und teilhaben können. Das heißt, sie brauchen Begleitung; sie brauchen jemanden, der neben ihnen steht, und zwar nicht als bevormundender Begleiter, sondern als Assistent, der die Bedürfnisse, die Wünsche und die Lebensweise der Betroffenen kennt und auf sie eingeht. Es braucht jemanden, der die verwirrte Frau, die auf der Straße steht – das Bild wurde benutzt –, von der Kreuzung herunterholt, damit sie nicht überfahren wird.

Das sind die Probleme, die es zu bewältigen gilt; da können Sie darum herumreden, wie Sie wollen, Herr Minister. Sie haben nun den Pflegebeirat erneut eingesetzt, und Herr Zöllner leitet ihn.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Das macht er gut!)

(C) Ich habe alle Achtung vor Herrn Zöllner als Person, aber er leitet den Beirat, weil Herr Gohde, der wirklich weiß, wovon er redet, es abgelehnt hat, noch einmal eine Art Alibiveranstaltung durchzuführen. Das ist ein mutiger Schritt von Herrn Gohde – der ist immerhin Pfarrer und noch nicht einmal aus meiner Partei. Ich will trotzdem darauf hinweisen, dass derjenige, der wirklich Ahnung von der Materie hat, gesagt hat: Ich lasse mich nicht vor den Karren spannen, nur damit diese Regierung nichts tun muss.

(Zuruf von der LINKEN: Genau!)

Herr Zöllner, in allen Ehren: Sie wollen im Sommer nächsten Jahres etwas vorlegen, also anderthalb Monate vor der Wahl. Sie sagen damit klipp und klar: Wir machen in dieser Wahlperiode nichts mehr. Diejenigen aber, die auf ein Handeln angewiesen wären, sind Neese. Muss das sein? Nein! Ein neuer Pflegebegriff existiert; er besagt klipp und klar: Es geht um Teilhabeermöglichung; es geht um die Persönlichkeitsentfaltung, auch dann wenn man verwirrt ist; es geht um die Selbstbestimmung. All diese Punkte sind im jetzigen Pflegebegriff überhaupt nicht enthalten. Sie benutzen den alten Pflegebegriff, obwohl Sie und Ihre Regierung genau wissen, dass es bessere Pflegebegriffe gibt.

Es ist ein Konzept da. Es ist von Ihrer eigenen Regierung vorbereitet worden. Es kam nicht einmal von uns, sondern wurde von Ihnen entwickelt. Sie setzen es nicht um, weil Sie nicht den Mut haben, den Leuten zu sagen: Das kostet ein paar Mark dreißig. Die Menschen, die das brauchen, sind uns das wert. Wir speisen sie nicht mit 1 Milliarde ab. – Hinzu kommt, dass man befürchten muss, dass die entsprechenden Mittel am Ende bei den Körperbehinderten weggenommen werden. Sie sollten sagen: Wir nehmen so viel Geld in die Hand, wie gebraucht wird – und nicht nur so viel, wie wir gerade noch übrig haben.

(D)

Lassen Sie uns so herangehen: Teilhabe ermöglichen, auch wenn man pflegebedürftig ist, Assistenz und Begleitung gewähren, wenn man sie braucht. Dann wird die Selbstbestimmung wirklich funktionieren.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort jetzt der Kollegin Elisabeth Scharfenberg für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Elisabeth Scharfenberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute über das Pflege-Neuausrichtungsgesetz. Hut ab, Herr Minister: Da braucht es schon viel Fantasie, um überhaupt auf solch einen Namen zu kommen. Und ehrlich: Wir brauchen hier im Saal viel Fantasie, um in diesem Gesetz überhaupt eine Neuausrichtung zu entdecken.

Elisabeth Scharfenberg

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Nichts an diesem Gesetz bringt uns einer Neuausrichtung in der Pflege näher, und das, obwohl wir eine Neuausrichtung so dringend bräuchten. Der Reformbedarf in der Pflege ist riesengroß: die Überarbeitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs, eine gerechte und verlässliche Finanzierung durch eine Pflegebürgerversicherung, die Entlastung pflegender Angehöriger, der Ausbau ambulanter und quartiersorientierter Versorgungsangebote, Maßnahmen gegen den Personalmangel in der Pflege.

Sie haben uns gestern hier in der Regierungsbefragung Ihre Demografiestrategie vorgestellt. Herr Minister Friedrich sagte, wir dürften nicht warten, bis die Dinge zum Problem würden. Ich muss sagen: Da hat er recht. Diese Demografiestrategie enthält durchaus richtige Dinge, zum Beispiel, dass ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff entwickelt werden muss, der sich – ich zitiere – „künftig stärker an der Selbstständigkeit orientiert und damit insbesondere Demenzkranken zugutekommt“. Ebenso lesen wir, dass wir eine „Stärkung der Fachkräftebasis“ brauchen. All das haben Sie, Herr Minister Bahr, doch in Ihrer Einführung angesprochen. Nicht nur wir hier fragen uns: Warum machen Sie es dann denn nicht endlich? Sie legen uns hier ein Gesetz vor, und nichts davon steht darin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Schlimmer noch: Das Gegenteil ist der Fall. Es wurde hier schon angesprochen, aber ich denke, wir können es gar nicht oft genug ansprechen: das Beispiel der Fachkräfte. Wir finden in diesem Gesetz eine Anleitung zur rechtlich legitimierten Lohndrückerei. Künftig soll nämlich nicht mehr die Zahlung einer ortsüblichen Vergütung, sondern die Zahlung des Pflegemindestlohns für die Zulassung einer Pflegeeinrichtung ausreichend sein. Natürlich brauchen wir einen Mindestlohn; aber er darf doch nicht zum Normlohn werden. Das, meine Damen und Herren, ist ein Schlag ins Gesicht der Fachkräfte, die Sie angeblich sichern wollen. Sie wollen Billigpflege; das ist Ihnen die Arbeit der Pflegekräfte wert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Singhammer, Sie sprechen hier vom „großen, weiten Herzen“ der Pflegekräfte; aber davon werden die Pflegekräfte nicht satt, dadurch können sie ihr Leben nicht unterhalten.

Für andere Zwecke sitzt das Geld dann aber locker: höhere Vergütungen für die medizinische Versorgung in Pflegeheimen für die Ärzte, Förderung freiwilliger Pflegezusatzversicherungen durch den sogenannten Pflege-Bahr.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mini-Bahr!)

Klar ist auch hier: Das ist kein Beitrag zu einer nachhaltigen Finanzierung. Menschen, die wenig verdienen oder keine Steuern zahlen, werden davon überhaupt nichts haben. Profitieren werden hier die Gutverdiener. Profi-

tieren wird auch die private Versicherungsindustrie. Sie kann nämlich ihre Produkte mit staatlicher Unterstützung besser verkaufen. (C)

Meine Damen und Herren, das ist die Neuausrichtung, über die wir heute reden. Aber brauchen wir diese Klientelpolitik der Neuausrichtung? Ich sage ganz klar: Was wir brauchen, ist eine solidarische Politik für die Schwachen in dieser Gesellschaft. Was wir brauchen, ist die solidarische Pflegebürgerversicherung. Gute Pflege kostet Geld, auch mit einer Pflegebürgerversicherung; aber mit der Bürgerversicherung ist eine überschaubare Beitragssatzentwicklung möglich, und das bei verbesserten Leistungen.

Herr Spahn, bei einer Pflegebürgerversicherung profitieren im Übrigen auch heute Privatversicherte mit kleinen Einkommen.

(Elke Ferner [SPD]: Genau!)

Eine Pflegebürgerversicherung ist solidarisch und keine Einbahnstraße.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt die Chance auf ein wirklich neues Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz, aber diese Chance hat Schwarz-Gelb leider nicht genutzt. Seien wir ehrlich: Das jetzt vorgelegte Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz ist eine Aneinanderreihung verpasster Chancen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD) (D)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Willi Zylajew ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Willi Zylajew (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema, das uns heute früh beschäftigt, ist ausgesprochen wichtig;

(Hilde Mattheis [SPD]: Ja?)

denn es ist täglich von Bedeutung für rund 10 Millionen Menschen in unserem Land, nämlich für diejenigen, die auf pflegerische Hilfe angewiesen sind, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für Angehörige. In der Tat ist es sinnvoll, dass wir über den bestmöglichen Weg in dieser Auseinandersetzung streiten und den Versuch zu unternehmen, die finanziellen Mittel, die uns zur Verfügung stehen, zielgenau und optimal einzusetzen. Dies soll mit dem vorliegenden Gesetzentwurf geschehen.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Jawohl!)

Aber ich bitte, zu bedenken, dass die Anforderungen an Staat und Gesellschaft bezüglich der Hilfe für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen einem permanenten Veränderungsprozess unterliegen.

Willi Zylajew

- (A) Die Gesellschaft ändert sich. Wir Menschen sind so programmiert, dass wir am Anfang des Lebens und die meisten auch in der letzten Lebensphase auf die Hilfe von Mitmenschen angewiesen sind. Die Anforderungen verändern sich. Das hängt damit zusammen, dass wir eine höhere Lebenserwartung haben – Minister Bahr hat es angesprochen –, dass wir heute bei vielen Menschen, gerade bei an Demenz erkrankten, längere Phasen erleben, in denen sie Hilfe benötigen – auch eine andere Form der Hilfe –, als in früheren Jahren. Wir haben wirksame medizinische Behandlungsmöglichkeiten, die ebenfalls dazu führen, dass Erkrankungen erfolgreich behandelt werden können; aber daraus ergibt sich eine anspruchsvollere Anforderung an den Bereich Rehabilitation und Pflege, als das früher der Fall war.

Die geringere Zahl der Nachkommen ist ein Thema. Wir können nicht darüber hinweggehen: Die Pflegeleistung wurde und wird auch weiterhin in erster Linie in der Familie erbracht. Wenn weniger Nachkommen vorhanden sind, wenn sich die Familienstrukturen ändern, müssen wir auch hier entsprechend reagieren.

Insofern behaupte ich, dass das Pflege-Neuausrichtungsgesetz ein logischer Bestandteil eines ständigen Prozesses zur Weiterentwicklung der Pflege ist.

(Elke Ferner [SPD]: Begeisterung hört sich aber anders an, Herr Zylajew!)

Wir machen hier – Herr Minister Bahr hat es dargestellt – einen sehr vernünftigen Schritt.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die uns zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel setzen wir absolut zielgerichtet und punktgenau ein. Wir müssen bedenken, dass es Mitverantwortliche gibt: die Familien, die Leistungserbringer und Träger, die Versicherungen und die Pflegekassen sowie die Kommunen und die Länder.

Es ist eben mehrfach angesprochen worden, was alles wir beispielsweise im Bereich Ausbildung tun müssen. Aber ohne Mittun der Länder können wir nichts erledigen. Es wäre sinnvoller, wenn gerade die Kolleginnen und Kollegen der SPD, die dies hier anmahnen, dafür sorgen würden, dass wir in der Kooperation mit den Ländern weiterkommen.

Es gibt also viel zu tun. 1995 hatten wir einen guten Start. Leider gab es danach keine Weiterentwicklung. Von 1998 bis 2005 ist nichts geschehen.

(Lachen der Abg. Mechthild Rawert [SPD])

Ich muss Ihnen das immer und immer wieder vorhalten: Es gab einen Stillstand bei der Weiterentwicklung der Pflegeversicherung.

(Elke Ferner [SPD]: Wo waren denn Ihre parlamentarischen Initiativen zur Weiterentwicklung? Wo denn?)

– Die waren reichlich vorhanden. Wir müssen jetzt doch letztendlich, verehrter Kollege Lauterbach, Ihre Versäumnisse aufholen.

- (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Elke Ferner [SPD]: Haben Sie die letzten vier Jahre völlig ausgeblendet, Herr Zylajew?) (C)

Das, was Sie nicht entwickelt haben, müssen wir jetzt ein Stück weit vorantreiben.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Vor zehn Jahren gab es diese Probleme noch nicht! Seitdem hat sich die Zahl verdoppelt!)

– Die Probleme gab es damals auch. Schauen Sie bei klugen Professoren nach, was die schon zwischen 1998 und 2005 Vernünftiges dazu geschrieben haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Das brauche ich im Gegensatz zu Ihnen nicht! Sie sollten das machen! – Mechthild Rawert [SPD]: Was haben Sie denn davon gelesen?)

Sie haben einen ersten Ansatz geschaffen, indem Sie ganz wenig Geld für die Betreuung von Demenzkranken zur Verfügung gestellt haben.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Die Zahl hat sich doch verdoppelt!)

Wir brauchen – das machen wir sehr vernünftig – eine Weiterentwicklung bei der Unterstützung der Angehörigen. Dass wir jetzt das Pflegegeld bei Kurzzeit- und Verhinderungspflege durchzahlen, ist aus unserer Sicht ein Schritt zu einer handfesten und zielgenauen Hilfe.

- (D) Wir sagen, dass wir eine Stärkung im Bereich der Wohnumfeldverbesserungen wollen. Das ist ein wichtiger Schritt. Wir wollen die Rechte der betroffenen Menschen und ihrer Angehörigen gegenüber den MDK stärken. Viele Menschen fühlen sich vom MDK bevormundet, missverstanden und schlecht behandelt. Hier gehen wir mit der Neuausrichtung aus meiner Sicht einen sehr vernünftigen Schritt. All das, was wir machen, ist zielführend und stellt eine gute Weiterentwicklung der Blüm'schen Pflegeversicherung dar.

Wir stärken die Hilfen für das Verbleiben im gewohnten gesellschaftlichen Umfeld. Die Kollegin Aschenberg-Dugnus hat es angesprochen. Selbstbestimmte Versorgungsformen sind eine Chance. Ich weiß nicht, was Sie für ein Menschenbild haben.

(Elke Ferner [SPD]: Aber doch nicht mit dem, was Sie hier machen! Das reicht doch alles nicht aus! – Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Das ist doch ein Almosen! 77 Millionen!)

Weder Ihre Einschätzung der Pflegebedürftigen noch ihre Einschätzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort ihre Arbeit erledigen, ist richtig. Sie kritisieren deren Arbeit immer nur, und dies aus vordergründigen politischen Überlegungen.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: So ist es!)

Ich will kurz auf den 3. Pflege-Qualitätsbericht eingehen. Er zeigt auf, dass es eine Reihe von Verbesserungen gibt. Der zweite Bericht von 2007 kam ein paar Monate zu spät. Der Berichtszeitraum ging bis 2005, betraf also

Willi Zylajew

- (A) die Zeit von Rot-Grün. Im jetzigen Qualitätsbericht wird deutlich gesagt, dass es Defizite gab, es in den letzten Jahren da jedoch eine gute Weiterentwicklung gab.

(Elke Ferner [SPD]: Dafür kann diese Koalition aber auch nichts!)

Ich bin schon ein Stück weit darüber verärgert, dass auch dieser Bericht wieder so spät vorgelegt wurde. Er hätte eigentlich schon im letzten Jahr vorgelegt werden müssen. Er kam diesmal zwei Tage vor unserer heutigen Beratung.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Wie schade!)

Damals wurde er zehn Tage vor dem Referentenentwurf von 2007 vorgelegt. Es ist die billige Strategie einiger Spitzenleute beim MDS und bei den gesetzlichen Krankenversicherungen, die die Pflegebranche insgesamt mit Negativdarstellungen treffen wollen, welche die anständige und gute Arbeit der Pflegekräfte im stationären und ambulanten Bereich nicht würdigen. Da werden einige Dinge medienbegleitet sehr stark in Szene gesetzt, die so nicht gegeben sind.

(Elke Ferner [SPD]: Unterste Schublade!)

Mit diesem Gesetzentwurf sind wir in der Lage, die erwarteten Verbesserungen zu ermöglichen.

(Mechthild Rawert [SPD]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

- (B) Wir können nur alle, die in diesem Bereich guten Willens sind, ganz herzlich einladen, mit uns noch den einen oder anderen Punkt zu präzisieren. Wir sagen, dass diese Neuausrichtung deshalb notwendig ist, weil sich die Gesellschaft insgesamt verändert hat. Wir wollen eine Neuausrichtung hin zu selbstgewollten Betreuungsformen, indem wir die pflegenden Angehörigen mit der Ermöglichung von RehaMaßnahmen und mit der Weiterzahlung des Pflegegeldes in bestimmten Lebenssituationen stärken. Ich denke, dass wir da auf einem guten Weg sind. Die Blüm'sche Pflegeversicherung erfährt durch diesen Gesetzentwurf durchaus eine konsequent positive Weiterentwicklung.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Elke Ferner, SPD-Fraktion.

Elke Ferner (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wenn man die Unionsredner hört, gewinnt man den Eindruck, dass sie einen Blackout haben, was die letzte Wahlperiode angeht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Was?)

Das, was wir in der letzten Wahlperiode in der Großen Koalition gemeinsam auf den Weg gebracht haben, war definitiv mehr als das, was jetzt Schwarz-Gelb auf den Weg bringt. Für die Verbesserung der Leistungen haben wir immerhin drei Zehntel Beitragssatzpunkte aufge-

- bracht, also 3,3 Milliarden Euro, und Sie kommen jetzt mit 1,1 Milliarden Euro. Herr Zylajew, ich kenne Sie ja als engagierten Pflegepolitiker; Begeisterung über einen Gesetzentwurf hört sich für meine Begriffe aber anders an als das, was Sie hier gerade geboten haben. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was haben wir im letzten Jahr nicht alles von Herrn Rösler und später von Herrn Bahr gehört. Das Jahr der Pflege wurde ausgerufen. Die Pflege sollte besser finanziert werden. Die pflegerische Betreuung, insbesondere die von demenziell Erkrankten, sollte grundlegend, durchgreifend verbessert werden. Durch die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs sollte die leidige Minutenpflege abgelöst werden. Dem Mangel an Pflegekräften sollte begegnet werden, und dem Grundsatz „Prävention vor Reha bzw. Pflege“ sollte endlich Geltung verschafft werden.

Was ist passiert? Nicht viel. Was uns heute hier vorliegt, ist ein Reförmchen. Manche reden auch von einem Schlückchen aus der „Mini-Bahr“. Ich sage: Das ist eine Mogelpackung. Man könnte auch sagen: Das ist ein Plagiat, und das ist das, was man von dieser Koalition erwartet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Spahn hat eben angesprochen, dass die Umsetzung unseres Konzepts viel mehr Geld kostet. Es ist wahr: Mit 0,6 Beitragssatzpunkten müsste man die ganzen Maßnahmen, die notwendig sind, finanzieren. Ein großer Unterschied besteht nicht nur bei der Antwort auf die Frage, was ich ausbebe, sondern mehr noch bei der auf die Frage, um die es geht: Was ist uns in unserer Gesellschaft eine menschenwürdige Pflege wert? (D)

(Beifall bei der SPD)

Es geht auch um die Frage: Wie setze ich Prioritäten? Ich kann die Prioritäten so setzen: Ich werfe den Hotelketten das Geld hinterher,

(Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Das ist aber sehr billig!)

und ich führe ein Betreuungsgeld ein, das niemand will. Oder ich nehme das Geld, um eine menschenwürdige Pflege zu ermöglichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen auch: Wenn man nur auf den Beitragssatz schaut, springt man zu kurz. Man muss eine gesamtgesellschaftliche Betrachtung vornehmen. Was passiert denn, wenn wir es nicht schaffen, den Bereich der Häuslichkeit zu stärken? Was passiert denn, wenn wir es nicht schaffen, eine wohnortnahe Infrastruktur zu organisieren, wenn wir es nicht schaffen, bezahlbare Angebote für die Häuslichkeit zu organisieren? Dafür werden die Kommunen bezahlen müssen, weil viel mehr Menschen in die stationären Einrichtungen gehen müssen, obwohl sie das gar nicht wollen, und das ist am Ende sehr viel teurer. Vor allen Dingen aber wollen die meisten Men-

Elke Ferner

- (A) schen das überhaupt nicht. Sie wollen so lange es geht in der Häuslichkeit bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Schauen wir uns einmal die Sache mit dem Pflegebedürftigkeitsbegriff an. Sie haben gesagt, dass Ulla Schmidt darauf hingewiesen hat, dass man Zeit braucht, um das umzusetzen. Das bestreitet niemand von uns. Sie können aber auch nicht bestreiten, dass Sie das Thema Pflegebedürftigkeitsbegriff seit 2009, seit Ihrer Regierungsübernahme, in Ihrer Schublade liegengelassen haben und überhaupt nichts getan haben. Das sind fast drei Jahre, die man hätte nutzen können, um in dieser Frage endlich voranzukommen.

(Beifall bei der SPD)

Was aus meiner Sicht nur noch peinlich ist, ist, dass Sie jetzt auf billige Weise versuchen, Zeit zu schinden, um über diese Wahlperiode hinauszukommen, um in dieser Wahlperiode nichts mehr entscheiden zu müssen, weil die mit einem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff erforderlich werdenden Veränderungen natürlich zusätzlich Geld kosten. Jetzt setzen Sie den Pflegerat erneut ein. Dass Jürgen Gohde, der bezüglich der Frage der Pflege wirklich *die* Koryphäe ist, dieses Theater nicht mitmacht, ist eine Klatsche für Sie, Herr Minister, und die haben Sie auch verdient.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

- (B) Das, was Sie hier machen, ist nichts anderes als der Versuch, den Satz von Karl Kraus umzusetzen: Bei sinkender Sonne werfen auch die Kleinen lange Schatten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen: Sie können noch so oft behaupten, dass Sie erstmals etwas für Demenzerkrankte tun; das ist und bleibt gelogen. Sie tun mehr – das ist wahr –, aber Sie können nicht sagen, dass es „erstmals“ zusätzliches Geld für Demenzerkrankte gibt. Das stimmt doch nicht. Schauen Sie doch einmal in das bestehende Gesetz.

(Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Tun Sie das doch einmal!)

Lesen bildet. Im Gegensatz zu Ihnen, Frau Kollegin, war ich in der letzten Wahlperiode bei der Reform dabei, als wir hier erstmals Leistungen für demenziell Erkrankte in Höhe von 100 bzw. 200 Euro im Monat eingeführt haben,

(Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Und 500 000 Menschen bekommen jetzt Leistungen, die vorher keine bekommen haben!)

indem wir den Einrichtungen zusätzliches Geld für Betreuungspersonal zur Verfügung gestellt haben. Das sollten Sie anerkennen. Man kann ja der Meinung sein, dass das nicht genug ist, aber so zu tun, als ob das alles auf Ihrem Mist gewachsen ist, ist unredlich.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen das Problem des Fachkräftemangels lösen, indem Sie die Grenzen öffnen. Pflege hat aber auch mit

Sprachkompetenz, mit Verständigung und mit Zuwendung zu tun. Ich sage Ihnen: Erstens halte ich es für den falschen Weg, unsere Probleme zulasten der an die EU angrenzenden osteuropäischen Länder zu lösen, und zweitens glaube ich nicht, dass Sie genügend Pflegefachkräfte mit entsprechender Sprachkompetenz finden werden, die bereit sind, hier zu arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen unsere Probleme selber lösen. Wir brauchen eine bessere Ausbildung. Wir brauchen attraktivere Arbeitsbedingungen und vor allen Dingen eine bessere Bezahlung, damit junge Menschen sich entschließen, diesen Beruf auszuüben.

Ich sage Ihnen: Mit Ihrer kapitalgedeckten Vorsorge, mit dem sogenannten Pflege-Bahr, werden Sie scheitern. Was passiert denn hier? Hier werden wieder die Versicherungswirtschaft und deren Renditen bedient. Sie mögen zwar vielleicht einen Kontrahierungszwang vorsehen – die Details sind ja noch unklar –, aber was wird passieren? Die Versicherungswirtschaft wird doch nicht darauf verzichten, eine Prüfung der Risiken durchzuführen. Das wird dazu führen, dass diejenigen, die eigentlich schon jetzt eine Zusatzversicherung bräuchten, beispielsweise ältere Menschen oder Personen mit Krankheiten wie MS, gar keine bezahlbare Versicherungspolice bekommen werden, auch nicht mit dem Minizuschuss, den sie von Ihnen noch erwarten können.

Ich sage Ihnen: Das, was Sie hier vorlegen, ist Stückwerk. Damit werden Sie keine Lorbeeren gewinnen. Es geht an den Problemen vorbei.

(Widerspruch bei Abgeordneten der FDP)

Wir werden im Verfahren die Gelegenheit haben, über unsere Vorschläge zu diskutieren. Am Ende werden Sie sich entscheiden müssen: Was ist Ihnen eine menschenwürdige Pflege wert? Vor allen Dingen müssen Sie die Frage beantworten, wie wir heute die Strukturen schaffen können, die wir in 20 Jahren brauchen, damit die Kosten beherrschbar sind und die Menschen in ihrer gewohnten Umgebung alt werden können.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Rudolf Henke für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Rudolf Henke (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man muss sich in einer solchen Debatte natürlich die Frage stellen: Wie baut wer diese Debatte auf? Ich bin dem Bundesgesundheitsminister dafür dankbar, dass er die wesentlichen Inhalte des Gesetzentwurfs noch einmal präzise und klar dargestellt hat. Ich bin Jens Spahn dafür dankbar, dass er die Dimension deutlich gemacht und darauf hingewiesen hat, dass wir in diesem Gesetzentwurf eine Leistungs-

Rudolf Henke

- (A) verbesserung um 5 Prozent vorsehen. Dies kann sich im Vergleich zu den anderen Sozialkassen blicken lassen.

Man muss sich mit der Art, wie die SPD versucht, diese Leistungen madig zu reden, auseinandersetzen.

(Caren Marks [SPD]: Zu Recht!)

Man muss sich mit der Frage auseinandersetzen: Wie glaubwürdig ist eigentlich die SPD mit ihrer Argumentation? Weil sowohl Kollege Lauterbach als auch Kollegin Ferner hier jetzt ein weiteres Mal betont haben, dass das Geld für die Hotellerie ausgegeben worden wäre

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Ist es doch!)

– das ist ein zentraler Punkt, der immer wiederkehrt –, zeige ich Ihnen jetzt einen Antrag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus dem Bayerischen Landtag aus dem Jahr 2006.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Wir sind hier nicht im Bayerischen Landtag!)

Darin steht:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihren Einfluss dahin gehend geltend zu machen, dass der Bund für die Hotellerie den reduzierten Mehrwertsteuersatz in Höhe von 7 % einführt.

Das hat die SPD 2006 von der Bayerischen Staatsregierung gefordert. 2009 ist es dann passiert. Heute sagen Sie: Wer diese Forderung der SPD erfüllt, der macht falsche Politik. Das ist die Art, wie Sie Demagogie ins Land tragen.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Lächerlich! – Elke Ferner [SPD]: Achten Sie auf Ihren Blutdruck!)

Verehrte Befürworter eines Mehrwertsteuersatzes von 7 Prozent in der SPD, das ist genau die Art, in der Sie jetzt versuchen, die Neuausrichtung der Pflege madig zu machen und schlechtzureden.

(Elke Ferner [SPD]: Regen Sie sich lieber nicht so auf! Sie haben ja schon einen ganz roten Kopf!)

Das hat bei Ihnen Methode. Erst behaupten Sie etwas, was nicht wahr ist, und anschließend kloppen Sie drauf.

(Thomas Oppermann [SPD]: Regen Sie sich doch nicht so auf!)

Da Sie immer vom Pflegebedürftigkeitsbegriff reden, sage ich Ihnen Folgendes: Ich persönlich war Mitglied einer Enquete-Kommission des nordrhein-westfälischen Landtags, die sich in den Jahren 2003 bis 2005 mit der Frage auseinandergesetzt hat: Wie sieht die Zukunft der Pflege aus? Damals haben wir in dieser Enquete-Kommission parteiübergreifend, unter Einbeziehung der SPD und der Grünen, einstimmig Aussagen zum Pflegebedürftigkeitsbegriff getroffen. In unserem Abschlussbericht ist zum Beispiel zu lesen:

Nach Auffassung der Enquête-Kommission ist der Pflegebedürftigkeitsbegriff des SGB XI zu somatisch ausgerichtet, weil der besondere Betreuungsbedarf von Menschen mit demenzbedingten Funktionsstörungen, mit geistigen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen nicht ausreichend berücksichtigt wird. (C)

Wie gesagt, im Landtag von Nordrhein-Westfalen herrschte hier Übereinstimmung zwischen den Kollegen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP.

Dann kommt folgende Aussage:

Deshalb sollte durch eine umfassende Definition des ... Pflegebegriffs verdeutlicht werden, dass Pflegebedürftigkeit für die betroffene Person zu einem qualitativ und quantitativ weiteren Bedarf führen kann, als bisher in § 14 SGB XI zum Ausdruck kommt.

Dieser Forderung wird nun inhaltlich Genüge getan. Sie wird jetzt praktisch aufgegriffen. Es wird einen Leistungsanspruch geben, der sich auf demenziell erkrankte Menschen erstreckt. Diese werden ab Januar 2013 mehr und bessere Leistungen erhalten.

Für Sie ist die Definition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs eine Art Fetisch, mit dem Sie sich befassen. Der entscheidende Punkt ist doch, dass konkrete Konsequenzen gezogen werden.

(Elke Ferner [SPD]: Ist es das jetzt schon gewesen, oder was?)

Die praktische Konsequenz wird jetzt gezogen, (D)

(Elke Ferner [SPD]: War es das schon?)

noch bevor all die akademischen Debatten über die Qualität des Pflegebedürftigkeitsbegriffs beendet sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Elke Ferner [SPD]: Wir sollten vielleicht über die Qualität Ihres Redebeitrags reden!)

Wir handeln also, noch bevor die theoretische Diskussion beendet ist. Sie kaprizieren Ihre Kritik aber immer nur auf die theoretische Diskussion.

Ich bin dankbar dafür, dass es uns gelungen ist, die Leistungen um 5 Prozent zu erhöhen, bei den Hilfen für Demenzkranke, bei der Stärkung neuer Wohn- und Betreuungsförmlichkeiten und bei der Erleichterung der Organisation der pflegerischen Versorgung in Wohngruppen voranzukommen und dafür zu sorgen, dass pflegende Angehörige, die eine Vorsorge- oder RehaMaßnahme in Anspruch nehmen, dies in einer Einrichtung tun können, in der der Pflegebedürftige betreut und gepflegt werden kann; denn das erleichtert die Inanspruchnahme.

Sie denunzieren all das als „Pflegereförmchen“.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Nicht nur wir! Das sagen alle! – Elke Ferner [SPD]: Alle machen das!)

– Ja, ja. Wieso denn?

Rudolf Henke

- (A) (Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Zum Beispiel die *Süddeutsche Zeitung!* – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

– Herr Lauterbach, die SPD hat eine Pressemitteilung veröffentlicht. Diese Pressemitteilung hat die Überschrift: „Bahrs Pflegereformchen ohne jegliche Substanz“.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Ja! Das stimmt!)

Wenn Zeitungen diese Kritik dann nachdrucken, weil die SPD sie vorgetragen hat, sagen Sie anschließend: Das steht in allen Zeitungen. – Das ist Quatsch.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Thomas Oppermann [SPD]: So machen wir das!)

Das ist die Art, in der Sie vorgehen. Das ist nicht glaubwürdig. Es ist aber schön, wenn auch Sie einmal zitiert werden.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Das kommt oft genug vor!)

Natürlich gibt es weitere notwendige Schritte, die wir machen müssen. Es stellt sich beispielsweise die Frage, ob die Ergebnisse der Tarifverhandlungen für die in der Pflege Tätigen gut sind. Ich würde mir wünschen, die Pflegekräfte in Deutschland wären so gut organisiert wie beispielsweise die Ärztinnen und Ärzte. Dann kämen für sie bessere Ergebnisse heraus.

- (B) (Elke Ferner [SPD]: Das ist doch eine Spaltergewerkschaft! – Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Oh ja! Der Marburger Bund!)

Ich würde mir auch wünschen, wir kämen bei der zusätzlichen Absicherung voran. Ob es Kapitaldeckungsbeiträge oder ob es lohnbezogene Beiträge sind: Am Ende müssen sie durch die Arbeit erwirtschaftet werden, die die Menschen leisten, weil ihr ganzes Einkommen – also auch der Arbeitgeberbeitrag und der Arbeitnehmerbeitrag – immer durch ihre Arbeit erwirtschaftet werden muss. Deswegen ist im Grunde nicht der Finanzierungsweg entscheidend, sondern die Antwort auf die Frage: Wie viel sind wir bereit, für eine Herausforderung zu leisten, die wir im Alltagsleben gerne verdrängen?

Deshalb ist auch diese Diskussion über die Bedeutung von Demenz und über die Tatsache, dass Demenz etwas ist, was uns alle im Alltag betrifft, ein wesentlicher und wichtiger Beitrag in dieser Gesellschaft dazu, die gesellschaftspolitische Bedeutung der Pflege, von der Jens Spahn gesprochen hat, weiter nach vorne zu bringen.

Ich finde, dafür sollten wir uns gemeinsam anstrengen, statt in dieser billigen Weise parteipolitische Polemik zu betreiben, wie Sie sie hier heute betrieben haben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Das haben Sie doch gemacht! Das war nicht glaubhaft!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

(C)

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/9369 und 17/9393 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit zum Antrag der SPD-Fraktion mit dem Titel „Neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einführen – Chancen zu nötigen Veränderungen nutzen“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/7082, den Antrag der SPD-Fraktion abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das Erste war die Mehrheit. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 4 a und 4 b auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Yvonne Ploetz, Diana Golze, Agnes Alpers, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Hartz-IV-Sonderregelung für unter 25-Jährige abschaffen

– Drucksache 17/9070 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)

Innenausschuss

Rechtsausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

(D)

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Diana Golze, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Sanktionen im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und Leistungseinschränkungen im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch abschaffen

– zu dem Antrag der Abgeordneten Brigitte Pothmer, Fritz Kuhn, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rechte der Arbeitsuchenden stärken – Sanktionen aussetzen

– Drucksachen 17/5174, 17/3207, 17/6391 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Katja Kipping

Über Beschlussempfehlungen zu dem Antrag der Fraktion Die Linke und zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden wir später namentlich abstimmen. Ich mache also schon jetzt darauf aufmerksam, dass wir nach der Debatte zu diesem Tagesordnungs-